

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 17. Juni 1932
14. Jahrgang Nr. 140

Rüstet zum Schlesischen Landes-Sport-Fest
am 18. und 19. Juni
in BRESLAU

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Breslau 20, Kattowitzer Straße 20, Postfach 400 92.
Kattowice 400 92, Postfach 400 92.
Kattowice 400 92, Postfach 400 92.
Kattowice 400 92, Postfach 400 92.

Der Widerstand der hungernden Massen wächst Blutige Erwerbslosendemonstration in Kottitnik

Polizei schießt in die Demonstranten — Vier Arbeiter durch Schüsse und Gummiknüppelstöße verletzt — Neun Arbeiter verhaftet — Auch in Hamburg und Halle Massendemonstrationen der Erwerbslosen

Kottitnik, 17. Juni. Am Donnerstag, den 16. Juni, gegen 11.30 Uhr mittags, erschien eine Delegation der Erwerbslosen auf dem Gemeindefest, um gegen die Unterstützungskürzung Protest einzulegen und dessen Rückgängigmachung zu fordern. Die Delegation setzte sich aus 2 SPD.-Arbeitern, 2 Parteilosern, darunter ein jugendlicher Erwerbsloser, und 2 Kommunisten zusammen.

Vor dem Gemeindefest sammelten sich die Erwerbslosen. Während die Delegation verhandelte, erschien unter Führung des Polizeiwachmeisters Mijschok ein Schupo-Kommando in Stärke von 10 Mann und versuchte die Demonstranten auseinanderzutreiben, wobei der erwerbslose Arbeiter Jaskonek und Notulla durch Gummiknüppelstöße auf den Boden zu liegen kamen.

Die Polizeiatmosphäre löste unter der gesamten werktätigen Bevölkerung ungeheure Empörung und Erregung aus. Insbesondere die Geschäftsleute gab ihrer Empörung über das rücksichtslose Vorgehen der Polizei mißbilligend Ausdruck.

Die werktätige Bevölkerung stürzte auf die Straße und bildete eine Barrikade. Plötzlich erschienen von auswärts drei Heber-Kommandos der Schutzpolizei, die gegen die sich auf den Straßen befindlichen Erwerbslosen und übrige Bevölkerung vorging und von der Schutzpolizei Gebrauch machte. Die Erwerbslosen und die Bevölkerung setzten sich gegen die Angriffe der Polizei zur Wehr. Vier Arbeiter wurden dabei durch Gummiknüppelstöße und Schüsse verletzt. Bekannt wurden 9 Verhaftungen von Arbeitern.

Die Welle des Massenwiderstandes gegen den Unterstützungsraub, der ohnehin schon künftigen Unterstüttung wächst. Seltene Empörung hat die gesamte werktätige Bevölkerung ergriffen. Schuler an der Spitze kämpfen kommunistische Arbeiter mit sozialdemokratischen, parteilosen und nationalsozialistischen Arbeitern gegen das Hungerprogramm der Papen-Schleicher-Regierung, die von Hitler unterstützt wird.

In dieser kämpfenden Einheitsfront, unterstützt von den Kleingewerbetreibenden und Kaufleuten im Kampf um ihre eigenen Forderungen muß der Unterstützungsraub zerschellen.

Hamburg, 17. Juni. (Eig. Drahtber.) Im Laufe des gestrigen Tages ist es an mehreren Stellen in Hamburg zu großen Massendemonstrationen der Erwerbslosen als unmittelbare Antwort auf die Notverordnung des Papen-Kabinetts, besonders auch die vom Hamburger Koalitions-Senat billigte neuerliche Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung um rund ein Viertel gekommen. Um 11 Uhr zog ein Zug von zirka Tausend, der sich plötzlich gebildet hatte, von der Stempelstelle Sägerplatz nach dem Rathaus. Auf dem Wege dorthin trat dem Zug ein starkes Polizei-Kommando entgegen und schlug die Demonstranten auseinander.

Außerordentlich wichtig ist die Tatsache, daß in zwei Betrieben, wohin die Erwerbslosen Delegationen entsandt hatten, auf ihre Forderungen hin Belegschaftsversammlungen einberufen wurden, die nicht nur gegen die Notverordnung protestierten, sondern die sich mit dem Kampf der Wohlfahrtsempfänger und Erwerbslosen solidarisch erklärten.

Halle, 17. Juni. (Eig. Drahtber.) Am Donnerstag kam es auf dem Wohlfahrts- und Arbeitsamt zu großen Protestkundgebungen der Erwerbslosen gegen den Unterstützungsraub der Papen-Regierung. In den Morgenstunden sammelten sich zahlreiche Gruppen von Erwerbslosen an, erregt über die neue Notverordnung diskutierend. Zu vielen Hunderten versammelt riefen die Erwerbslosen in Sprechchören:

„Wir haben Hunger, fort mit den Unterstüttungsräubern, nieder mit der Papen-Regierung!“

Trotz wiederholtem scharfen Vorgehen der Polizei, mehrfachen Gummiknüppelstößen nahm die Demonstration ihren Fortgang. Auf dem Wohlfahrtsamt wurde aus den Reihen der Erwerbslosen eine Delegation gewählt, die die Forderungen dem Magistrat unterbreiten sollte. Die Forderungen der Erwerbslosen sind:

1. Sofortige Zurückziehung der Polizei.
 2. Auszahlung der alten Unterstüttungssätze ohne jede Kürzung.
- Nach kurzer Verhandlung erklärte sich der Bürgermeister bereit, sofort die Zurückziehung der Polizei zu veranlassen. Weiterhin gab er der Delegation die Zusicherung, daß bis zum 15. Juli an den Wohlfahrtsempfängern keinerlei Abbau der Unterstüttungssätze vorgenommen werden.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei hat das arbeitende Volk zur antifaschistischen Aktion, zur Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte aufgerufen, zum gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Papen-Regierung. Die Welle der kämpfenden Einheitsfront stuet von Betrieb zu Betrieb, von Stempelstelle zu

Stempelstelle, von Ort zu Ort. Die Notverordnung der Papen-Regierung mit ihren ungeheuerlichen Abbaumaßnahmen auf sozialem Gebiet hat eine ungeheure Empörung unter den werktätigen Schichten hervorgerufen. Die vorstehenden Erwerbslosendemonstrationen widerspiegeln den wachsenden Widerstand der Massen. Die Durchführung all der Hungermaßnahmen der Bourgeoisie kann nur durch eine vielfache Steigerung des Massenwiderstandes in den Betrieben und auf den Stempelstellen verhindert werden. Deshalb rufen wir die Arbeiterschaft auf, Massendemonstrationen und Protestkreise durchzuführen. Das Zentralkomitee unserer Partei hat bereits am 26. April zur sofortigen Schaffung der roten Einheitsfront erklärt:

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter versammelt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohnabbau und Unterstüttungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen!“

Wir wiederholen diesen ernstgemeinten Vorschlag in der sich von Stunde zu Stunde zuspitzenden Situation und fordern alle sozial-

Hunger-Etat der Stadt Breslau mit Hilfe der faschistischen Geschäftsordnung angenommen. Siehe im Blatt!

demokratischen, SPD- und Reichsbanner-Arbeiter und die freigewerkschaftlichen Kollegen auf, gemeinsame Massenaufmärsche und geschlossene Protestkreise durchzuführen unter den Losungen:

Nieder mit der faschistischen Reaktion!
Fort mit der Papen-Regierung!
Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung des Sowjetunion!

Lausanne bringt Tributraub und Krieg

Mac Donalds Rede zeigt die Linie: keine Tributstreichung, neue deutsche Unterschrift unter die Raubverträge und Beratung der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion

Lausanne, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Heute früh fand im „Hotel Beau Rivage“ die „feierliche“ Eröffnungssitzung der Tributkonferenz statt. Der englische Ministerpräsident Mac Donald wurde zum Konferenzvorsitzenden gewählt. In seiner Begrüßungsrede betonte Mac Donald, daß die Konferenz in der bedeutendsten wirtschaftlichen Krise zusammengetreten ist, die nicht nur einige Länder, sondern die ganze Welt erfaßt; es müsse untersucht werden, wie weit die Friedensverträge zu dem heillosen wirtschaftlichen Zustand beigetragen haben, ein Grundgedanke der Konferenz sei jedoch sehr klar:

Feierlich eingegangene Verpflichtungen könnten nicht durch einseitige Erklärungen beseitigt werden. Die Konferenz müßte mit der Genfer Abrüstungskonferenz in Einklang gebracht werden.

Weitere Verhandlungen in Lausanne werden unter Ausschluß

der Öffentlichkeit vor sich gehen. Deutsche Minister haben gestern abend vor deutschen Pressevertretern Erklärungen abgegeben. In der Rede des Reichskanzlers von Papen ist bemerkenswert, daß er zugab, die deutsche Regierung werde nicht einen endgültigen Strich unter das Reparationsproblem verlangen, sondern „die europäische Lage in ihrer ganzen Tragweite mit den Staatsmännern vertrauensvoll verhandeln.“

Die Pariser Presse meldet, daß zwischen Herriot und Mac Donald, wie wir bereits berichteten, eine Einigung darüber zustande gekommen sei, Deutschland nur eine sechsmonatliche Verlängerung des Moratoriums (Zahlungsausschub) für die Reparationen zu gewähren. Der deutsche Reichsaussenminister von Neurath habe sich anlässlich seines Lausanner Besuchs mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt.

„NSDAP. keine Schranken auferlegen!“

Die neue Notverordnung — Scharfe Versammlungs- und Pressebeschränkungen gegen links

Nach der neuen Notverordnung sind Demonstrationen nicht anmeldepflichtig. Aber öffentliche politische Versammlungen und Demonstrationen werden aufgelöst, wenn

1. in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen . . . aufgefordert oder angereizt wird.
2. Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden.
3. Religiöse Einrichtungen, ihre Einrichtungen, Gebäude oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder verächtlich gemacht werden.
4. Zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird.

Nach wie vor kann die Polizei Beauftragte in die Versammlungen schicken. Dem Reichsinnenminister bleibt es überlassen, für einzelne Teile des Reiches Demonstrationen oder Versammlungen zu verbieten oder zu verordnen, daß alle Kundgebungen der Polizei zu melden sind.

In der Praxis bedeutet das tatsächlich Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit für die Nazis und die anderen kapitalistischen Systemparteien. Dagegen werden die drakonischen Verbotsbestimmungen vorzugsweise gegen die Kommunisten und andere revolutionäre Arbeiterorganisationen angewandt werden.

Erhöhte Verbotsgefahr für KPD-Zeitungen

Die Bestimmungen über das Verbot von Zeitungen sind verschärft worden. Zeitungsverbote werden in Zukunft nicht wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ ausgesprochen, sondern „wenn in ihnen (den Zeitungen) eine Veröffentlichung enthalten ist, die lebenswichtige Interessen des Staat es gefährdet.“

Damit will die Reichsregierung ein Verbot von Nazizeitungen unmöglich machen.

Der behnbare Paragraph wird selbstverständlich vor allem gegen die kommunistischen Zeitungen und die Arbeiterkorrespondentenbewegung in ihrem Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion und gegen Kriegproduktion und Kriegstransporte angewandt werden.

Aufgehoben wurde die Vorschrift, nach der eine periodische Druckschrift lediglich deshalb verboten werden konnte, weil sie den Beziehern einer verbotenen Druckschrift als Ersatz zugestellt wurde.

„Vollständig aufgehoben werden durch die neue Verordnung sämtliche einschränkende Bestimmungen über Plakate und Flugblätter politischen Inhalts. Die Möglichkeit, gegen Plakate, Flugblätter und sonstige Druckschriften der kommunistischen Gottlosenbewegung vorzugehen, ist jedoch durch die nach wie vor in Geltung befindliche Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der kommunistischen Gottlosen-Organisationen vom 3. Mai dieses Jahres weiterhin gegeben.“

„... den soll die ganze Schärfe des Gesetzes treffen“

Der Paragraph über die Aufhebung des SA-Verbots besagt ausdrücklich, daß „der NSDAP bei der Neubildung solcher (militärähnlicher) Verbände keine besonderen Schranken aufzuerlegen sind . . . Politische Verbände sind auf Verlangen des Reichsministers des Innern verpflichtet, ihm ihre Satzungen und sonstigen Bestimmungen über ihre Organisation und Tätigkeit vorzulegen und daran jede Änderung vorzunehmen und jeder Auflage nachzukommen, die der Reichsinnenminister zur Sicherung der Staats- (Schluß auf der 2. Seite)

RGO.-Reichskomitee zur Notverordnung der Papenregierung

Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Gewerkschaftskollegen!

Die von den Nationalsozialisten tolerierte und unterstützte Hebung der Löhne, Barone und Generale hat den Werktätigen eine Notverordnung diktiert, die einen Sturm der Empörung in den Betrieben und auf den Stempelstellen hervorruft.

Der schnelle und brutale Abbau der in den letzten Jahren fortwährend gekürzten Hungergehälter, die die Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger erhalten, und die Verkürzung des Rechtsanspruchs von 20 Wochen Unterstützungsdauer auf sechs Wochen ist ein weiterer entscheidender Schritt zur endgültigen Abschaffung der Arbeitslosenversicherung überhaupt.

Die Junker- und Generallöhne, die auf den Schultern der Nationalsozialisten ihre Pflanz gegen die Arbeiterklasse erhebt, ist aber mit diesem Raubzug noch nicht zufrieden. Ein allgemeiner 15-prozentiger Löhneraub wird in der Invaliden-, Angestellten-, Knapenschafts- und Unfallversicherung durchgeführt. Den Dank des Vaterlandes bekommen die Kriegsveterane durch einen radikalen Abbau ihrer Rente zu spüren.

Die Papen-Regierung verordnet zu dem bisherigen Massenelend der werktätigen Bevölkerung mit der neuen Beschäftigungsteuer, der neuen Salzsteuer, mit der Aufhebung der Freigrenze von 5000 Mark bei der Umsatzsteuer eine neue unerträgliche Belastung für die werktätige Bevölkerung.

Klassengenossen!

Der neue Milliardenraub an den breiten Massen der Werktätigen, der das ungeheure Elend noch weiter verschärft, ist die Fortsetzung der Brüning'schen Politik in noch brutalerer Form. Die volle Verantwortung für die neue schamlose Ausplünderung der breiten Massen durch die Junker, Barone und Generale tragen voll und ganz die Nationalsozialisten. Diese Notverordnung gibt einen klaren Vorgeschmack auf die „herrlichen“ Zeiten, mit denen uns der Hitlerfaschismus im „Dritten Reich“ beglücken will. Alle demagogischen Manöver der Nationalsozialisten gegen die neue Notverordnung sind ihre Tolerierung und Unterstützung der Papenregierung die Aufhebung des SA-Verbots erschreckt haben, müssen überall in den Betrieben, Stempelstellen und Wohnstätten vor den Werktätigen reißlos entlarzt werden.

Gewerkschaftskollegen!

Wir appellieren erneut an euch. Wir erklären, daß die arbeitserfreundliche Politik des „kleineren Übels“ der SPD- und ADGB-Führer, die Tolerierung der Brüning'schen Regierung den Weg für die Papenregierung und ihre faschistische Notverordnung überhaupt erst frei gemacht hat.

Wir sagen euch, wenn die ADGB-Führer die Macht der Gewerkschaften gegen die Papenregierung und ihre niederträchtige Notverordnung einsetzen würden, dann müßten die Barone und Generale denselben Weg gehen, den die Kappregierung unter dem Druck der kämpfenden Arbeiter 1920 gehen mußte.

Aber was tut in dieser Situation der ADGB?

Es steht fest, daß die in den Gewerkschaften konzentrierte gewaltige Macht der Arbeiterklasse von diesen Führern nicht im Interesse des Kampfes der Arbeiter ausgenutzt wird.

Der ADGB. erläßt einen Aufruf, in welchem er sich an die reaktionäre Papen-Regierung anbietet

und feststellt, daß eine „nationale Konzentration“ nur mit der Arbeitermacht möglich ist. Das ist weiter nichts als ein unvollständiges Angebot der ADGB-Führer, deren Fehlen einen heillosen Bankrott erlebt hat, zur Zusammenarbeit auch mit der faschistischen Reaktion.

Der ADGB, der in seinem Aufruf starke Worte gegen die 5. Notverordnung findet, aber vier Notverordnungen der Brüning'schen Regierung als „kleineres Übel“ schludert, gibt in dieser Situation die Lösung heraus, „durch Einheit und Disziplin zur Freiheit“

Der ADGB. hat in dieser so ernsten Situation den Arbeitern nichts zu sagen, nichts an konkreten Maßnahmen zur Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiter vorzuschlagen.

Gewerkschaftskollegen, Betriebsarbeiter, Erwerbslose!

Die Lage ist zu ernst, um sich jetzt noch mit schönen Reden zu begnügen und auch nur noch einen Tag länger in Passivität zu verharren. Dem blutigen Hitlerfaschismus, der die gesamte Arbeiterklasse, ihre Lebensinteressen und ihre Organisationen bedroht, muß jetzt eine einheitliche Kampffront aller organisierten und unorganisierten Arbeiter entgegengestellt werden.

Wir erklären abermals vor der breitesten Arbeiteröffentlichkeit, daß die RGO. und die roten Verbände gewillt sind, mit jeder Arbeiterorganisation, die bereit ist für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen, diesen Kampf durchzuführen.

Die Einheitsfront schlagen wir vor, weil das der einzige Weg ist, den neuen brutalen Angriff der Bourgeoisie erfolgreich zurückzuschlagen. Die Demolierung des Frankfurter Gewerkschaftshauses zeigt den ganzen Ernst der Lage. Die Aufhebung des SA-„Verbots“ wird eine neue verschärfte Terrorwelt gegen die Arbeiterklasse und ihre Einrichtungen zur Folge haben. Jetzt muß die Arbeiterklasse einig und geschlossen eine große antifaschistische Front gegen die faschistische Notverordnung und den Hitlerfaschismus herstellen.

Organisiert sofort Versammlungen und Demonstrationen in den Betrieben und auf den Stempelstellen. Verlangt und organisiert Versammlungen der Gewerkschaftsorganisationen, führt gemeinsame Mitglieder-versammlungen der roten und ADGB-Verbände durch.

Kämpft für die Erhaltung und Verbesserung der Unterstützung der Arbeitslosen, Arisen- und Wohlfahrtsempfänger.

Wahrt euch gegen den Abbau der Renten der Opfer des Krieges und der Arbeit.

Kämpft für die Verteidigung und Erhöhung der Tariflöhne. Wehrt die Tarifverträge gegen die faschistischen Angriffe und kämpft gegen ihre Auslöschung durch die Politik der reaktionären Gewerkschaftsführer.

Kämpft gegen die Arbeitsdienstpflicht und Zwangsarbeit in jeder Form.

Führt Proteststreiks gegen die neue Notverordnung durch!

Organisiert und mobilisiert die Betriebe und Stempelstellen zum politischen Massenkampf! Zwingt

die Kommune durch einheitliche Protestaktionen zur Auszahlung der bisherigen Unterstützungssätze!

Eine einheitliche Kampffront aller Arbeiter muß jetzt zustande gebracht werden. Wir sind die Sieger gegen alle Notverordnungs-diktatoren und den Hitlerfaschismus, wenn wir entschlossen die eine Kampffront der Arbeiterklasse formieren. Die Einheitsfront gegen die neuen Angriffe der Bourgeoisie und ihrer Papen-Regierung, gegen Hitlerfaschismus — für Arbeit und Brot herzustellen, ist jetzt das Gebot der Stunde!

Berlin, den 15. Juni 1932.

Reichskomitee der RGO.

Offener Brief

An alle Betriebsräte, Vertrauensleute und Betriebsarbeiter aller Breslauer Betriebe!

Breslau, 15. Juni.

Werte Kollegen!

Auf der ganzen Front gehen die Unternehmer zum Hungerangriff gegen die gesamte werktätige Bevölkerung vor. Die letzten Taten der Brüning'schen Regierung werden in der Auswirkung gegen die Arbeiterklasse weit in den Schatten gestellt durch die ersten Taten des reaktionären Papen-Kabinetts.

Der fortgesetzte Lohnraub (Notverordnungen, Erhöhung der Soziallasten, Steuererhöhungen, Arbeitslosenentlastung) bei gesteigerter Ausbeutung hat es zum Ziel, daß die Lebenshaltung der Betriebsarbeiter katastrophal gekürzt ist.

Durch die neue Notverordnung der Papen-Regierung soll die Ausbeutung noch tiefer, abermals die Hungerlöhne herabgesetzt werden. Dieser geplante neue Lohnabbau ist nicht der erste und wird nicht der letzte sein, wenn nicht die

Arbeiterklasse sich zum geschlossenen Abwehrkampf zusammenschließt.

Die Form der Abwehrkampf besteht darin, die Arbeiter unter sich einig zu machen, den einen Betrieb gegen den anderen, die eine Betriebsfront gegen die andere, die Betriebsarbeiter gegen die Erwerbslosen nicht auszusprechen.

Die Kraft der Arbeiterklasse liegt in ihrer Geschlossenheit, im einheitlichen Kampf gegen den gemeinsamen Feind in der gemeinsamen Kampffront.

Die Löhne wollen ihr noch den Lohnabbau, alle die Verschlechter-

ungen kampflos hinnehmen? Immer frecher werden die Vorstöße der Unternehmer und ihrer faschistischen Lakaien.

Der provisorische Kampfausschuss, der bereits in einer gemäßigten Kundgebung im Zirkus Busch den Grundstein zur Schaffung des roten Massenelends gelegt hat, ruft euch jetzt auf zu einer praktischen

Betriebskonferenz,

auf der alle Maßnahmen zur Herstellung der Einheitsfront in den Betrieben zur Organisierung des gemeinsamen Kampfes der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen mit euch festgelegt werden sollen.

SPD-Arbeiter! Gewerkschaftskollegen!

Wir appellieren an alle Betriebsräte und Vertrauensleute, an alle Kollegen gleich welcher Partei, an alle gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Arbeiter, die nicht gewillt sind, kampflos noch mehr zu verenden. Ruft Betriebsversammlungen ein! Wählt aus eurer Mitte Delegierte zu der

Betriebskonferenz,

am 21. Juni um 19,30 Uhr im „Oberstrom“, Welfstraße.

Gemeinsame Not gebietet gemeinsamen Kampf!

In dieser ungeheuren ernsten Situation wenden wir uns an euch! Es gibt keine Zeit zu verlieren! Schließt die rote Einheitsfront! Die kämpfende Einheit der Arbeiterklasse ist der Tod des Faschismus!

Der provisorische Kampfausschuss.

Wer macht Oberschlesien frei?

Nachwort zum bürgerlichen „Trauertag“ von Hauptmann a. D. Bepvo Römer, Führer des ehemaligen Freikorps Oberland

Bepvo Römer, der Führer des Freikorps „Oberland“ in den oberschlesischen Kämpfen und insbesondere bei der Eroberung des Annaberges, ist bekanntlich vor 1 Jahr mit einer Reihe seiner Kampfgefährten zur kommunistischen Partei übergetreten, weil er erkannt hat, daß nur der Kommunismus durch die soziale Befreiung auch die nationale Befreiung Deutschlands bringen kann.

Die Redaktion.

Die bürgerliche Welt Deutschlands und besonders Oberschlesiens hat der 16. Jahrestag der Trennung Oberschlesiens mit einer Trauertag begeht. Wir vom ehemaligen Freikorps Oberland, die vor 11 Jahren den Annaberg erobert hat, schauen mit Verachtung auf diesen bürgerlichen Kram herab. Denn wir sehen, daß diese Bourgeoisie, die diesen „Trauertag“ veranstaltet, zu derselben Zeit mit dem französischen Imperialismus und seinem Vasallenkorps Polen über eine Verständigung zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sowjetunion verhandelt. Wir verachten die verfolgten „nationalen“ Parteien der herrschenden Klasse Deutschlands um so mehr, da wir sehen, daß Industriemagnaten und Großgrundbesitzer, wie Graf Fuchsberg, Graf Pleß, Graf Oppersdorff und viele andere, es auch schon verstanden haben, sich mit dem polnischen „Tobfeind“ zu verständigen. Wir kennen all diese Herren aus den Kämpfen in Oberschlesien: die Größe der Profite bestimmt die Stärke ihres „nationalen Gefühls“.

10 Jahre nach der Trennung Oberschlesiens weiß die deutsche Bourgeoisie immer noch nichts Besseres als ein Phrasengeklirr, an dem niemand glaubt. Wir haben erkannt, daß es für das werktätige Volk Oberschlesiens keine nationale Freiheit gibt, solange die kapitalistische Ausbeuterklasse herrscht.

Nur der Kommunismus vermag, wie das Beispiel der Sowjetunion zeigt, die nationale Frage zu lösen. Ihre Vorbedingung ist die soziale Befreiung der arbeitenden Massen. Wenn der deutsche Kapitalismus sich nicht mit dem Arbeiterrecht die Macht in der Hand hat, wird die gesamte Arbeiterklasse im Bündnis mit dem polnischen Proletariat die nationale Frage lösen und kein Profiteur der Ausbeuter die Verantwortlichen zu beiden Seiten der heutigen Grenze mehr haben, sich die Finger zu reiben. Darum hat sich die „alle Parteien des Freikorps Oberland“ in die rote Klassenfront eingereiht, weil wir wissen: Nur durch die soziale Revolution, nur unter Führung des Kommunismus gibt es eine nationale Befreiung!

Frauen und Jugendliche in der Kampffront

(Arbeiterkorrespondenz.)

Sagan. Die Frauen und Jugendlichen zeigten während der letzten Tage gegen den Unterhaltungsabbau einen starken Kampfwillen. Wenn sie diesen im Kampf um die Lebensbedingungen nur ver-

einzeln einreihen, so war das während den Aktionen in Sagan schon anders. Sie beteiligten sich sehr zahlreich an dem außerparlamentarischen Kampf der Erwerbslosen, demonstrierten immer mit und verhinderten sogar die Verhaftung der Führer des Erwerbslosenaustrittes. Bei der ersten Aktion im Mai konnte man Frauen und Jugendliche an der Spitze sehen, die ihre Führer durch einen Ringes schützten und das herankommende Polizei praktisch abwehrten. Ein Beispiel zeigt ganz treffend den Kampfwillen der Frauen. Es wurden Frauenheimabende auf jeden zweiten Dienstag im Monat im „Deutschen Kaiser“ festgelegt. Beim ersten Abend nahmen 13 Frauen teil, beim zweiten Abend schon 17 und am Dienstag, den 7. Juni konnten schon 28 Frauen gezählt werden. Wir Genossen rufen den Frauen zu, daß wir uns darüber freuen. Jedoch würden wir es um so mehr begrüßen, wenn die Frauen auch den nächsten Schritt zum Eintritt in die kommunistische Parteigruppe tun würden. Das heißt gilt für die Jugend, die sich in den kommunistischen Jugendverbänden einreihen muß.

Der nächste Frauenabend ist Dienstag, den 21. Juni, abends 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser“, beteiligt euch recht zahlreich.

„NSDAP. - keine Schranken auferlegen!“

(Schluß)

autoritär für erforderlich hält. Ob ein Verbot diesen Vorurteilen unterliegt, entscheidet endgültig der Reichsminister des Innern. Wer glaubt, die wiederhergestellte (!) politische Freiheit (!) zu gewährleisten gegen den politischen Gegner mißbrauchen zu können, der soll die ganze Schärfe des Gesetzes treffen. Die Reichsregierung erwartet von den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden, daß sie mit Strenge gegen derartige Gewalttätigkeiten vorgehen und die Täter rascher und fühlbarer der Bestrafung zuführen werden. Die öffentliche Aufforderung oder Anreizung zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten ist unter Straandrohung von mindestens drei Monaten gefesselt.

In einer Erklärung, die wohl veröffentlicht wird, erklärt die NSDAP die Möglichkeit zu freierer politischer Betätigung allen gegeben zu sein, die nicht grundsätzliche Gegner der Staatsordnung sind.

Für die Gegner der kapitalistischen Staatsordnung, für Kommunisten, Klassenbewußte Sozialisten, proklamiert der Innenminister den Ausschluß selbst von den bürgerlich-demokratischen politischen Freiheiten. Für sie sollen nur die schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen gelten.

Arbeiter, antwortet dem Kabinett der Millionäre durch euren Kampf!

Aus dem Stadtparlament

Der Hungeretat der Stadt Breslau angenommen

faschistische Diktaturmaßnahmen beschlossen — Kommunisten erhalten Ordnungsrufe — Sämtliche kommunistischen Änderungsanträge abgelehnt — Das Parlament zeigt sich immer mehr als Kullisse der Diktatur

Breslau, 17. Juni.

Breslau. Der Hungeretat der Stadt Breslau wurde in der gestrigen Sitzung der „verantwortlichen Stadtväter“ gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion angenommen...

Der Sitzung eilte voraus eine Fraktionsführer- und Vorstandsbesprechung, welche zur Verschärfung der Geschäftsordnung Stellung nahm. Gleich zu Beginn nahm Genosse A d e l t das Wort zur Geschäftsordnung und beantragte Aenderung der Tagesordnung...

Kommunisten sollen unter Ausnahmezustand gestellt werden

Genosse A d e l t, der daraufhin nochmals zur Geschäftsordnung sprach, wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß sich der Schlag, der hier geführt wird, nicht gegen eine Person, sondern gegen die gesamte kommunistische Fraktion richtet...

Genosse G u h r zeigte die faschistische Entwicklung im Breslauer Rathaus. Die SPD. ist an dieser Entwicklung durchaus nicht unbeteiligt. Sie ist es ja gerade, welche den Einseitiger der faschistischen Methoden im und außerhalb des Rathauses macht...

Hierauf sprach P a l s p a p und beantragte Schluß der Debatte, worauf Genosse J h l i a die Freiheit der bürgerlichen Stadtverordneten einschließlich der SPD. anverlangt und beantragt namentliche Abstimmung...

Der Magistrat, von dem man sonst gewöhnt ist, daß er sehr „schnell“ arbeitet, trat dort mit geradezu Blitzenhülle dem gefaßten Beschluß bei, welcher nach Wiedereröffnung der Sitzung sofort in Kraft trat...

Jetzt begann die Weiterberatung des Dringlichkeitsantrages, in welchem der Verzicht auf die Beratung der Einzelhaushaltspäne gefordert wird und welcher in der letzten Sitzung zum Ausschließen der „würdigen“ Versammlung führte...

Genosse J h l i a, der nun zu den kommunistischen Anträgen ausführlich sprach, zeigte die ganze Erbärmlichkeit des Parlamentes und ging im besonderen auf die Änderungsanträge zum Wohlfahrts- und Polizeietat ein...

für die Diktatur der Armen gegen die Reichen!

Nachdem Edstein und Friz Pielisch gesprochen, verlangt Genosse A d e l t mit aller Schärfe die Einzelberatung des Etats. Er weist hierbei auf die Änderungsanträge der Kommunisten in bezug der Weisküste in Fernprotsch, auf die Flugsport-Subventionen hin...

T i l c h (SPD.) macht nun jetzt auch in „Opposition“. Er stellte den Antrag, den Haushaltsetat dem Magistrat zur Beratung und zur Zusammenstellung zurückzugeben...

Der Kammerer hielt daraufhin eine „mutige“ Rede und drohte mit der Einstellung sämtlicher Arbeiten der Stadt. Der Antrag von T i l c h wurde von der Mehrheit des Hauses abgelehnt...

Saal, als Genosse Brodke auf die Anträge hinweist, die im Interesse der werktätigen Bevölkerung gestellt sind und die von seiten der SPD. und der Rechten des Hauses als Agitations- und als irrsinnige Anträge bezeichnet wurden...

Die Abstimmungskomödie im Rathaus

Nachdem nun der erste Teil des Antrages angenommen war, nach der Mehrheit des „verantwortungsvollen“ Hauses auf die Einzelberatung verzichtet, erfolgte die „Abstimmung“ über die von der SPD. und SWP. gestellten Änderungsanträge...

Die sogenannten Abstimmungen wurden vorgenommen, ohne daß die Leute wußten, über was sie abstimmten. Die Parlamentsmaschine hat gestern ihre brutale Fraze mit aller Deutlichkeit gezeigt...

Alles heraus zur Demonstration der roten Sportler

Stellplätze sind wie folgt festgesetzt:

- West: Striegauer Platz. Nord und Zentrum: Neumarkt. Nord-Ost (Scheitnig): Seckentstraße. Ost: Vorwerkstraße Ecke Weiskystraße. Süd: Friedrich-Edle Gräbischer Straße.

Treffpunkt an allen Stellplätzen 13 Uhr. Von dort Abmarsch nach dem Platz der Republik, von wo aus die Gesamtdemonstration nach dem Hardenberghügel-Sportplatz geht.

Die Quartiergeber des Stadtteils 17 für das Landesportfest werden erucht, heute abend 23.30 Uhr (11.30) sich bei Tiede, „Goldene Kreuz“, Klosterstraße 136, zur Abholung der roten Genossen einzufinden.

Kampfwille der Scheitniger Arbeiterschaft

Am Dienstag fand eine gemeinsame Mitgliederversammlung der SWP. und SPD. in Scheitnig statt, welche sehr gut besucht war. Auch die Stimmung war als gut zu bezeichnen. Die Ausführungen der Genossen zur Schaffung der roten Einheitsfront waren scharf und einseitig...

Ein „Held“ vom Dritten Reich

Provokierend durchziehen die Nazis, mit dem Wakenkreuz dekoriert, wieder die Arbeiterviertel. Am Montag kam solch ein „Held“ des dritten Reiches in Brigittental in Druck...

Heraus zur öffentlichen Versammlung

Vor kurzer Zeit tagte in Hamburg der Welt-Einheitskongreß der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer. Auf demselben waren 229 Delegierte aus 30 Ländern und 5 Kolonien vertreten...

Zur Berichterstattung spricht in einer öffentlichen Versammlung der Kollege N e u m a n n, der als Delegierter des Oberstroms am Kongreß teilgenommen hat, am Sonntag, dem 19. Juni, vorm. 10 Uhr, im Lokal Bräuer, Köpelnigstraße.

Sorgt dafür, daß alle Arbeiter zu dieser Versammlung erscheinen.

Oeffentllchen Versammlung

am Freitag, den 17. Juni 1932, abends 7 Uhr (19 Uhr), nach dem „Zentralballsaal“, Westendstraße. Dort wird gesprochen über:

Die Einheitsfront der Kriegs- und Arbeitsopfer gegen Rentenabbau und imperialistischen Krieg

Erscheint zahlreich. Keiner bleibe zu Hause. Unkostenbeitrag 10 Pfennig. Die Zeitung.

lichen“ und „verantwortungsvollen“ Stadtväter nicht scheuen, nach allen Regeln der Kunst der Demokratie und allen parlamentarischen Gepflogenheiten geradezu ins Gesicht zu schlagen...

Nachdem nun jede Möglichkeit der Einzelberatung des Etats genommen war, sollte die Beratung erfolgen über den zweiten Teil des Antrages, wonach der Haushaltsplan in seiner Gesamtheit entsprechend der Magistratsvorlage festgesetzt werden soll...

In diesen Vorgängen können die SWP.-Arbeiter auch einmal beurteilen, was die Worte eines Friz Pielisch wert sind, der in der letzten Sitzung noch vom „anständigen“ Kampf im Parlament sprach...

Das Breslauer Stadtparlament hat in seiner sozialdemokratisch-bürgerlichen Mehrheit den Hungeretat angenommen. Für die Arbeiterschaft beginnt erst jetzt der außerparlamentarische Kampf...

Politischer Schulungstag am 21. und 23. Juni in allen Straßen- und Betriebszellen

Thema: „Streikampf und die Verwirklichung der Führerrolle der Partei in den Massenkämpfen des Proletariats.“

Jede Ortsgruppe, jede Betriebszelle muß bis zum 28. Juni an die DL, Agitprop, einen kurzen Bericht geben über Vorbereitung, Durchführung und Erfolg des politischen Schulungstages.

Gutes Ergebnis der Elternratswahl an der Sammelschule II

Am Sonntag fanden die Elternratswahlen in Breslau statt. An der Sammelschule 2, Pölsener Straße, gelang es der Liste „Proletarischer Schulkampf“ 162 Stimmen auf sich zu vereinen...

Verantwortlich für den politischen Teil Probing und Lafales: Friz Sobre, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Friedrich Berlin. — Für Inserate: Albert Cassan, Breslau. — Verlag und Druck: Schleifische Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 60.

Advertisement for Matheo (Fleisch- und Wurstwaren) and Wandleihhaus Grundmann (Fahreräder, Motorräder).

Advertisement for Proletarion (Ton-Halle) featuring a play 'Er und seine Schwester' and other theatrical works.

RUND UM DEN ERDBALL

Matuschka ein Nazi und Gottesstreiter

Held im Kriege — National, fromm, Arbeitermörder und Frauenfreund — „Angriff“ sein Leiborgan und Inspirator

Wien, 16. Juni. (Eig. Bericht der „Neuen Zürcher“.) Matuschka spielt weiter keine Rolle, die er schon bei Angabe der Revisionen zu spielen begonnen hat, nämlich die Rolle des Unzurechnungsfähigen. Und auch die Verteidigung und die einflussreichen Kreise, die hinter ihm stehen, sind bemüht, diesen Eindruck aufrecht zu erhalten und dem Prozeß einen entsprechenden Charakter zu geben.

Erst als im Verlauf der Verhandlung vom Krieg die Rede ist, blüht Matuschka plötzlich auf, da fühlt er sich in seinem Element. Sowohl, der Krieg, das war etwas für ihn und seinesgleichen. Er erzählt mit Wohlbehagen von Bergen von Leichen, die sich vor seinem Schützengraben aufgeföhrt hatten.

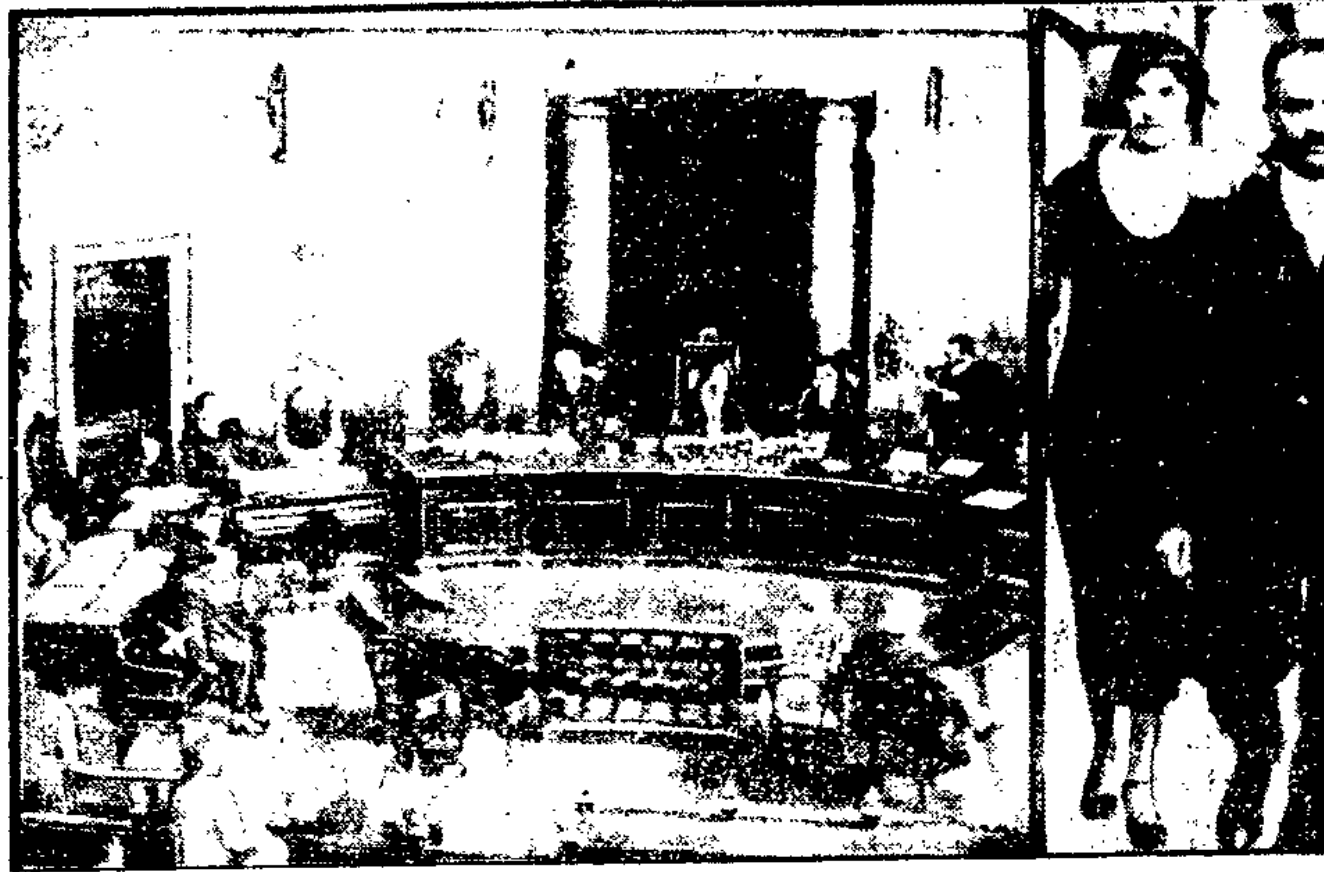
Was ihn zu den Attentaten veranlaßt hat?

Jetzt spielt er wieder den Wirren und Unzurechnungsfähigen. Ein Geist namens Leo, ein sehr frommer Geist, habe ihn dazu beauftragt. Schließlich läßt er sich doch dazu herbei, etwas Zusammenhängendes zu reden. Er habe nicht ruhigen Herzens zusehen können, wie die Gottlosigkeit immer mehr um sich greift. Er sagt wörtlich:

„Die schöne Stefanskirche ist den ganzen Vormittag leer, und andere Kirchen auch. Ich gehe jeden Sonntag in die Kirche.“

Natürlich, Matuschka kann es nicht vertragen, daß die Kirche verkehrt. Und deswegen habe er beschlossen, sich an den Atheisten zu rächen. Er wollte sie alle vom Erdboden vertilgen. Seine Tat ist in der weichen ungarischen Sprache sehr schön, daß bei ihm der Haß gegen die Atheisten nicht leeres Wort geblieben, sondern zur blutigen Tat geworden ist. Er war einer der schärfsten Kritiker und Hinterschützer des ungarischen Sozialismus und ist es bis auf den heutigen Tag geblieben.

Wie wir schon gestern berichteten, wird dieser Prozeß nicht wegen der Attentate von Jüterbog und Via Torbagn, sondern wegen zwei Attentaten, die Matuschka in Österreich verübt hatte, geführt. Aber im Verlauf der Verhandlung kommt der Vorhänger auch auf die Attentate von Jüterbog und Via Torbagn zu sprechen. Der Vorhänger fragt Matuschka, weswegen er am Tatort des Attentates von Jüterbog den „Angriff“ zurückgelassen habe, ob



Unsere Aufnahme gibt einen Blick in den Gerichtssaal während der Verhandlung wieder — links (mit * besonders markiert) sitzt der angeklagte Sylvester Matuschka — rechts: Frau Matuschka, die als Zeugin vernommen wird, beugt sich zum Prozeß.

er mit Absicht oder nur zufällig geblieben sei. Matuschka antwortet:

„Weil ich mich den Nationalsozialisten am nächsten fühle.“ Was ihn eigentlich von der Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Partei abhält, ist die Zugehörigkeit zur ungarischen Nation.

Der „Angriff“ war jedoch kein Leiborgan und offenbar auch der Geist Leo, der ihn zu diesen Taten inspiriert hat. In der Zeit des „Angriff“ hat er mit seinen Taten geschwiegen. Aus der Art, wie er über das Attentat von Jüterbog spricht, läßt ein Beobachter heraus, daß dieses Attentat keine Tora zur Folge gehabt hat.

Beim Attentat von Via Torbagn spielte er wieder Komödie, gebietet sich wie wahnhaft, 22 Tote hat das Attentat von Via Torbagn zur Folge gehabt. Als der Vorhänger ihm sagt: „Wollen Sie, welchen Erfolg Ihre Tat hatte?“ antwortete er: „Ich will nichts davon wissen.“

Im weiteren Verlauf der Verhandlung erzählt er noch, daß er die Absicht gehabt hat, Redaktionen in die Luft zu sprengen, und war Redaktionen, die im atheistischen Geiste wirkten.

Damit ist die Vernehmung Matuschkas beendet, und das Zeugnisverhör beginnt.

19 Gebäude durch Feuer vernichtet

Schlöhan, 15. Juni. Von einem verheerenden Schadenfeuer wurde am Mittwoch die Ortschaft Stegers in der Grenzmark heimgejucht. Aus bisher noch unbekannter Ursache entstand auf dem Gehöft des Maurers Michel ein Brand, der sich infolge des starken Windes sehr schnell ausbreitete. Nach kurzer Zeit standen 19 Gebäude in Flammen, die mit totem und lebendem Inventar in Mitleidenschaft gezogen wurden. Der entstandene Schaden wird auf etwa 100 000 Mark geschätzt. Die Brandgeschädigten sind teils gar nicht oder nur wenig versichert.

Diebstahl von Luxusautos Einige Verhaftungen

Düsseldorf, 16. Juni. Ueberaus zahlreich waren in den letzten Wochen die Fälle, in denen in vielen Städten Westdeutschlands, aber auch darüber hinaus im ganzen Reich, wertvolle Luxusautomobile gestohlen wurden. Es handelte sich u. a. um Wagen im Werte von etwa 30 000 bis 40 000 Mark. Es lag auf der Hand, daß diese Diebstähle von einer organisierten Bande durchgeführt wurden. Der Düsseldorfer Kriminalpolizei ist es nun gelungen, den Autohehlern auf die Spur zu kommen. Alle von der Autodiebesbande gestohlenen Wagen wurden der Hehlbande in Düsseldorf zugeführt, die für den Absatz im In- und Auslande, vor allem in Holland, sorgte. Die wertvollen Wagen wurden oft zu einem Preise von 2000 bis 3000 Mark abgesetzt. Um die Polizei zu täuschen und vor allem, um beim Grenzübertritt keine Papiere oder Zollschwierigkeiten zu haben, wurden durchweg die Original-Fabrikertennungszeichen sowie die Papiere in raffinierter Weise gefälscht. Die Führer der Bande, die sämtlich aus Berlin stammen, konnten festgenommen werden. Ihre Festnahme erfolgte zum Teil in Düsseldorf und zum anderen Teil an der Grenze, wo sie mit gestohlenen Wagen, die sie gerade über die Grenze schaffen wollten, gestellt wurden.

Tödlicher Absturz in den Bergen

Berchtesgaden, 16. Juni. Am Dienstag stürzte die Frau des Zollbeamten Pröll aus Salzburg am Ohrad des Untersberg tödlich ab. Die Frau fiel vor den Augen ihres Mannes auf bayerischem Gebiet 350 Meter in die Tiefe, wo sie zerquetscht liegen blieb. Die Leiche wurde geborgen und zu Tal gebracht.

Unter die Räder eines Lastzuges geraten

Wuppertal, 16. Juni. Auf der Königsstraße im Stadtteil Röhndel sprang ein 30-jähriger unbekannter Mann, der sich auf die Verbindungslänge zwischen Motorwagen und Anhänger eines Lastzuges gesetzt hatte, ab, um seine Attentate, die ihm heruntergefallen war, aufzuheben. Dabei geriet er unter die Räder des Anhängers und wurde bis zur Unkenntlichkeit veruntermelt. Der Führer hatte von dem Unfall nichts bemerkt.

Von ihren Schwestern erlöset

Burg b. Magdeburg, 16. Juni. Eine aufsehenerregende Bluttat wurde am Mittwoch gegen 18 Uhr auf dem Marktplatz verübt. Dort gerieten die drei Schwestern Bege, von denen zwei verheiratet sind, in einen Streit, in dessen Verlauf die Ehefrau Anna Hamel, geborene Bege, von ihren Schwestern durch mehrere Stiche ins Herz getötet wurde. Die beiden Täterinnen konnten verhaftet werden. Die drei Schwestern lebten seit Jahren in Feindschaft. Am Vormittag war es bereits zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen der Frau Hamel und der ledigen Elise Bege aus der gemeinschaftlichen Arbeitsstätte gekommen. Dabei war auch die Drohung mit Tötlichkeiten ausgesprochen worden. Aus diesem Grunde ließ sich Frau Hamel von ihrem Mann von der Arbeitsstätte abholen. Unterwegs kam es dann zu dem Zusammenstoß.

Ein griechischer Frachtdampfer gesunken

London, 16. Juni. Auf der Höhe von Sabia (Profilien) sank am Mittwoch der griechische Frachtdampfer „Artemis“ nach Auslösung von SOS-Rufen aus bisher unbekannter Ursache. Die ganze Mannschaft von 31 Mann konnte durch das englische Motorschiff „Castern Prince“ gerettet werden.

Zehn Wohnhäuser und acht Scheunen niedergebrannt

W. Weimar, 16. Juni. In Huppelsdorf brach heute früh in einer Scheune Feuer aus, das bei dem heftigen Sturm schnell um sich griff. Im ganzen sind 10 Wohnhäuser, darunter ein Doppelhaus, und 8 Scheunen völlig verbrannt. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. 13 Familien wurden obdachlos. Als Ursache wird Brandstiftung angenommen. Der Landrat wird für die Betroffenen eine Sammlung durchführen.

Wissenswertes aus aller Welt

Der Mensch braucht durchschnittlich in einem Jahr etwa 60 Kilogramm Fleisch, 190 Kilogramm Brot oder Getreide verschiedenster Arten, etwa die gleiche Menge Kartoffeln, Obst und Gemüse, Fett, Käse und Zucker, im ganzen also etwa eine Tonne Nahrungsmittel. Da aber nur ein Fünftel der Bevölkerung der Welt in der Landwirtschaft beschäftigt ist, oder, der Landwirtschaft betreibt für zwanzig Menschen Lebensmittel erzeugen und also im Laufe von zwölf Monaten etwa zehn Tonnen Weizen, Mehl, Kartoffeln oder dergleichen hervorbringen. Auch die Fischer müssen per Mann etwa zehn Tonnen Fische jährlich aus dem Wasser holen.

Die Bevölkerung der Welt vermehrt sich in jedem Jahr um etwa 250 Millionen Menschen.

Lower in der Gefangenschaft haben größere Männen als die in der Wildnis.

Geisse Braune in Venezuela sondern einen süßen, milch-süßlichen Saft ab, wenn die Rinde durchbohrt wird. Die Analysen ergaben, daß die-er Saft reicher an Phosphat und Zucker ist als Kuhmilch.

Wenn man nachts häufiger das Knacken von Möbeln hört als am Tage, so hat das darin seinen Grund, daß das Holz sich in der Nacht abkühlt und sich daher zusammenzieht. Natürlich mit der Stille der Nacht auch das Ihre dazu, daß man das Knacken deutlicher hört oder mehr beachtet als am Tage.

Ein Tierkenner und Forscher stellt die Behauptung auf, daß Kitzeln eine heilsame Wirkung hervorzurufen könne. Er rät den Ärzten, diese im Tierleben gemachte Erfahrung bei menschlichen Krankheiten anzuwenden. Er geht davon aus, daß Kitzeln ein Arzneimittel für die Nerven sei, und daß auf diesem Umwege Heilwirkungen hervorgerufen werden könnten.

Ein amerikanischer Arzt hat interessante Versuche angestellt, um die Richtigkeit der alten Behauptung nachzuprüfen, daß schwarzer Kaffee ein Mittel sei, sich wach zu halten. Seine an den Insassen eines Gefängnisses, die sich freiwillig zur Verfügung stellten, veranstalteten Versuche haben aber ergeben,

daß alle Versuchsojekte nach dem Genuß von schwarzem Kaffee ruhiger schliefen als sonst.

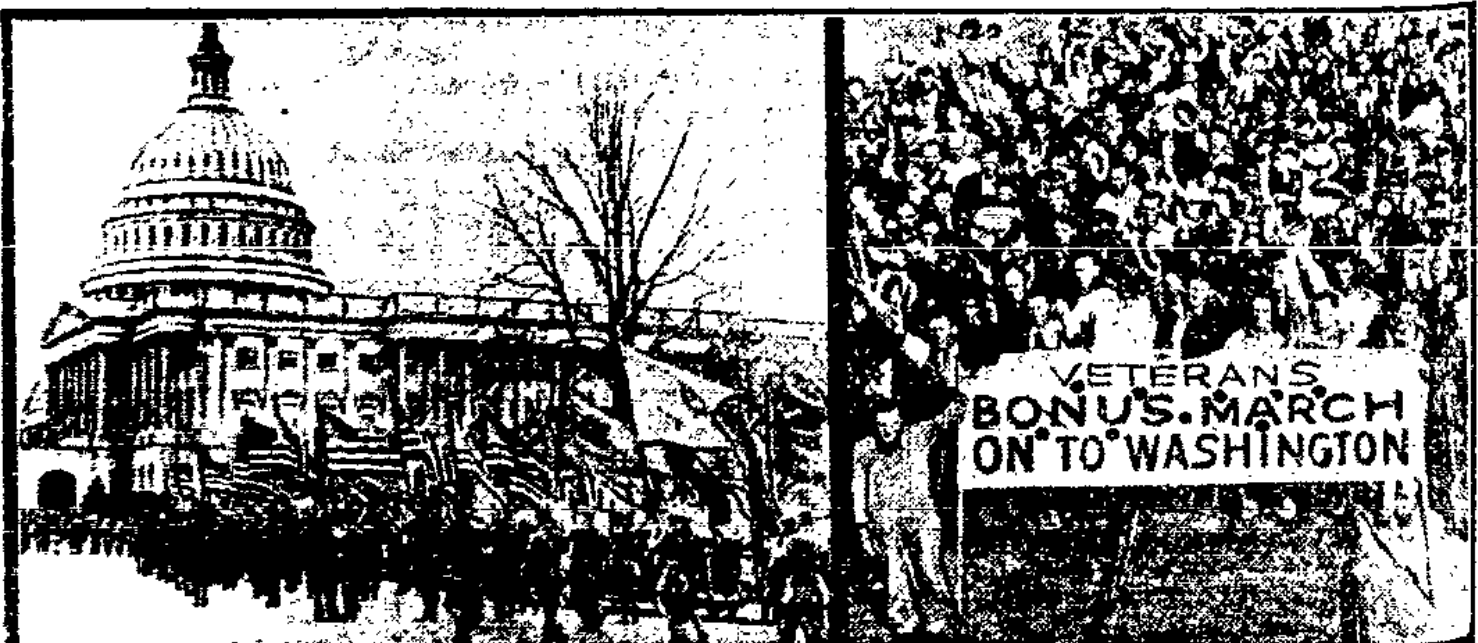
Der Fahrrad-sport geht auf den Wiener Kongreß zurück, bei dem die österreichische Hauptstadt mit ihren Umgebungen in eine Art riesigen Vergnügungspark umgewandelt wurde. Hier sollte Bras seine neue Erfindung vor, die sogenannte „Draisine“. Sie bestand aus zwei gleich großen Rädern, die durch eine Hebelstange verbunden waren, auf der ein Sattel angebracht war. Man mußte, wenn man die Räder in Gang setzen wollte, mit den Füßen vom Boden abstoßen, und dies auch während der Fahrt fortsetzen. Dieser Apparat erregte großes Aufsehen in Wien und fand viele Freunde.

Es wird berichtet, daß das Geheimnis der indischen Schlangenbändiger darin bestehe, daß ein Schlangenbändiger, der seinen Sohn zu seinem Nachfolger erziehen will, ihn in jungen Jahren mit Kobravigt impft und diese Impfungen fortsetzt, bis der Zustand der Unempfänglichkeit gegen Schlangengift erreicht ist.

Das älteste Buch der Welt soll ein kürzlich in China gefundener Band sein, der aus achtundsiebzig Holzplatten besteht, die mit Bindfäden aneinander befestigt sind.

25 000 Veteranen in Washington eingetroffen

Unsere Aufnahme links zeigt die Ankunft eines Veteranenzuges am Kapitol in Washington — das Bild rechts gibt einen Kriegsteilnehmerzug auf einer Bahnstation in der Nähe von St. Louis wieder, wo sie Eisenbahner, auf offener Straße arbeiteten und sich ansonst in die Bundeshauptstadt fahren ließen.



Durch die antifaschistische Aktion zu Brot und Arbeit

Die Anträge der SPD., der Mieter und der Erwerbslosen finden wohl das billige „Verständnis“, aber nicht die Zustimmung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Gemeindevertreter

Am 11. Juni tagte endlich das Gemeindeparlament. Nicht weniger als 26 Tagesordnungspunkte standen zur Verhandlung. Der Hörsaal war fast besetzt.

Dem Antrag des H. Antzages zur Kirchenreparatur wurde zugestimmt. Die SPD-Fraktion gab hierzu die Erklärung, daß sie nach wie vor gegen die Verteuerung überaus ist. Die Maßnahmen am Marktplatz wird dadurch verbessert werden, daß das elektrische Netz auf seine Kosten bei Änderungen vorzuziehen wird. Der bisherige Vorschlag soll dann als Verlehrsmaßnahme dienen. Genosse Neumann bemerkt hierzu, daß der Kreis zu veranlassen ist, bei dieser Angelegenheit das außerordentlich schlechte Verhalten an der Verlängerung der Gefahrenrede durch Befehrs zu erziehen, da dort besonders für Radfahrer das Fahren gefährlich ist. Dem Geländeaustausch vor der Liebig zur Errichtung neuer Berufshäuser auf dem Grubenbrachgelände im Oberdorf wurde zugestimmt. Genosse K. betrachtet den Preis von 75 Pfennig pro Quadratmeter für dieses Bruchgelände als zu hoch. Die Mieter müssen durch hohe Mieten immer wieder bluten. Außer einigen Pachtverträgen mit der Verwaltung wurde beschlossen, mit dem Waldheimstätten-Zweckverband die Stromzuführung zur „Stehenden Welle“ vertraglich zu sichern. Der Verkauf des Friedhofs im Ortsteil Kouradshal an die evangelische Kirchengemeinde wurde abgelehnt. Sobald geordnete Verhältnisse sind, wird der alte Friedhof wieder geöffnet werden. Ebenso soll daselbst durch Ausbau von zwei Räumen ein besserer Leichenraum geschaffen werden. Der Hebernahme des oberen Teiles der Kouradshaler Straße vom Finsterbrunn bis an die Bahnhöhle, und der Straße nach Hermsdorf wurde zugestimmt. Gegen Verkauf von Gelände an der Friedrichsruh an den „Vaterländischen Frauenverein“ sprach Genosse K., wurde aber von der Mehrheit beifolgt. Wegen die Stimmen der SPD. bewilligte die Vertretung die amtlichen Bekanntmachungsstellen für die bürgerliche und SPD. Presse.

Die Anträge der SPD.-Fraktion zur Arbeitsbeschaffung

Erwartet man eine längere Debatte. Die Notwendigkeit der geordneten Arbeiten wurde zum Teil anerkannt. Auskünfte gab es genug. „Einmal“ wurden die Mieter befristet, zur anderen Arbeit kein Geld, die nächste nicht möglich, die nächste vielleicht in zwei Jahren“ und so

fort. Der Bau von Wohnungen am Bahnhof wird immer noch nicht in Angriff genommen. Die Genossen der SPD-Fraktion waren ausführlich zu dem Arbeitsbeschaffungsantrag. Alle Zeitungen standen voll von Arbeitsbeschaffung, aber gemerkt haben die Erwerbslosen noch nichts davon. Im Gegenteil wird das Herz der Erwerbslosen immer größer. Die Reichsmittel sollten nicht zu Maßnahmen gegen die Arbeiter, sondern zur Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Die Gemeinden müssen den Kampf um Reichsmittel geschloffen aufnehmen.

Nur im revolutionären Massenkampf, durch die antifaschistische Aktion wird die Arbeiterklasse wirklich zu Brot, Arbeit und Freiheit kommen.

Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter haben wohl „Verständnis“, daß ist aber auch alles. Sie geben ihre Stimme lediglich dazu, bei den vorgelegten Behörden beschleunigt darauf hinzuwirken,

200 Invaliden und Witwen rechnen mit den SPD.-Führern ab

Mitglieder des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Blumenau, Kreis Waldenburg, machen Schluß mit der Verräterpolitik ihrer Führer

Blumenau, Kr. Waldenburg. Am Freitag, dem 10. Juni, 15 Uhr, fand in Blumenau, Kreis Waldenburg, eine Mitgliederversammlung des „Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands“ statt. In dieser Versammlung sollte der Bezirksleiter Brode, der Führer der genannten Organisation, sprechen. Er hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen, der Meinung der Mitglieder nach deshalb, weil er sich der Mitgliedschaft gegenüber als Kreisratsmitglied innerhalb der SPD-Fraktion verantworten sollte.

Die Mitgliederversammlung war von 150-200 Invaliden und Witwen besucht. Die Stimmung war sehr erregt. Es wurde innerhalb der Mitgliedschaft der Wunsch laut, einen

daß die Gemeinde bei der Arbeitsbeschaffung Berücksichtigung wert. Ihre Erwerbslosen kommt auf Arbeit warten bis zum 21. November einsteht, man hat noch selbst dem System ein jahres Ende bereitet. Der Antrag der Mieter wurde ebenfalls abgelehnt. Unsere Genossen kann man auch hier die „Arbeiterfreundlichkeit“ Haltung aller übrigen Vertreter. Sie sprachen zwei mal vom „Honorar“, das aber bei ihnen in Wirklichkeit nur ein Mopsbrot besteht. Die Forderungen des Gewerkschaftsausschusses wurden von allen Vertretern, außer den drei Kommunisten, wegen Mangel an Mitteln abgelehnt. Auch bei dieser Angelegenheit rechnete die SPD-Vertreter mit den übrigen ab.

Die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter müssen erkennen, daß nur die Kommunisten die Interessen aller Werktätigen vertreten. Die Anträge, die in der „Arbeiter-Zeitung“ bereits veröffentlicht wurden, lagen im Interesse aller Arbeitenden. Es heißt nun, außerhalb dem Parlament weiter kämpfen.

Nicht! Jense gab der Gemeindevorsteher noch bekannt, daß die Gemeinden nicht, wie der Kreisrat behauptet, an der verurteilten Sitzung der Untersuchungskommission beteiligt waren. Seit Anfang Februar haben sich die Gemeinden an den Kreis in dieser Angelegenheit nicht gewandt, sie haben vielmehr beim Kreis gebot, daß die Untersuchungen überhaupt gesahlt werden konnten.

Wie hat doch der Kreisrat die Frage wieder stehen und dann von neuem stampft!

Vertreter des „Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit“ in der Versammlung sprechen zu lassen.

Der Wunsch der Mitglieder konnte gleich erfüllt werden, weil gerade ein Kandidat des „Internationalen Bundes“ anwesend war. Wegen die Stimme des Vorstehenden beifolgt die Mitglieder, daß der Vertreter des Internationalen Bundes Aufklärung über den Verfall der SPD-Führer des Zentralverbandes, insbesondere über die letzten Sozialdemokratischen geben soll.

In lauten Ausführungen nahm der Referent nicht nur zu dem Verfall der Führer im Zentralverband Stellung, sondern zeigte den Invaliden und Witwen, wie die gesamte Führerschaft der Sozialdemokratischen Partei im allgemeinen die Arbeiterchaft und im besonderen die Interessen der Invaliden preisgibt. Ihre gesamte Politik richtet sich gegen die Arbeiterchaft und gegen die Interessen der Invaliden. Sie sind und bleiben die letzten sozialfaschistischen Stützen des kapitalistischen Systems.

Am Schluß der Ausführungen gaben die Invaliden und Witwen durch Beifall zu erkennen, daß sie erkannt haben, daß mit der SPD-Politik Schluß gemacht werden muß, daß sie den Kampf gegen die Verräterung führen müssen.

Das konnten sie am besten tun, wenn sie sich der einzigen Kampforganisation der Kriegs- und Arbeitsoffer, nämlich dem „Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit“ anschließen. Einige alte Kämpfer vollzogen gleich den Uebertritt und forderten die Anwesenden auf, ihrem Beispiel reiflos zu folgen. Auch die Invaliden und Witwen werden sich in die antifaschistische Aktion einreihen.

Nat und Auskunft erteilt in allen Fragen die Kreisleitung des Internationalen Bundes Waldenburg, Friedländer Straße 19, vormittags von 9-12 Uhr.

Ginprüfungen gegen Kündigung abgelehnt

Waldenburg. Von den gekündigten Kameraden der Fraktion wurde gegen die Kündigung ein, über die am 14. Juni vor dem Arbeitsgericht verhandelt wurde. 64 Ginprüfungen wurden abgelehnt und über 19 wird noch mal verhandelt. Es kommen meistens Kameraden in Frage, die ihre Knochen jahrelang für die Liebig abgeschunden haben. War nicht Minderleistung der Grund zur Entlassung, so war es etwas „anderes“. Wir kennen das „Anderes“. Das sind die Kumpel, die nicht alle Schikanen widerstandslos hinnahmen. Kameraden, kämpft mit dem G.D. gegen Massenentlassungen!

Gemeindevertretung von Hermsdorf nimmt Forderungen der Erwerbslosen an

Der Fraktionsvorsitzende der SPD. verhöhnt die Erwerbslosen — Durch die antifaschistische Aktion wird der Unterstützungsrab verhindert

Hermsdorf. Die hiesigen Erwerbslosen haben sich, wie in vielen anderen Orten des Waldenburger Hungerlandes, ebenfalls zur antifaschistischen Aktion zusammengeschlossen. Auf Grund der täglich zunehmenden Not, des wachsenden Erniedrigens, fanden sich die Erwerbslosen zum einheitlichen Kampf zusammen. In einer Erwerbslosenversammlung wurde folgender Antrag an das Gemeindeparlament angenommen:

1. Der geplante Unterstützungsabbau wird nicht durchgeführt.
2. Die durch Notverordnung geplante Erhöhung der Mieten übernimmt auf die Dauer der Erwerbslosigkeit die Gemeinde.
3. Verbot jeglicher Ermittlung erwerbsloser Familien.
4. Beschaffung von Arbeit zu tariflicher Entlohnung, Vereinstellung der dazu erforderlichen Mittel durch das Reich.

Die Erwerbslosen gefordert, von seiner dieser Forderungen abzutreten, sie ersuchten den Gemeindevorstand, sofort eine Gemeindevertretung zur Behandlung dieser Forderungen einzuberufen.

Die Forderung nach Einberufung einer Gemeindevertretung wurde von 13 Gemeindevorstehern und zum Teil von Vorstandsmitgliedern unterschrieben. Der Fraktionsvorsitzende der SPD. fand es nicht für notwendig, diese Forderung mit zu unterstützen. Am Gegenteil! Er verhöhnte noch die Erwerbslosen, indem er sagte: „Die Erwerbslosen möchten das Geld für oben genannte Forderungen selbst mitbringen.“

Auf Grund der Massenbewegung unter den Erwerbslosen mußte auch die Sitzung einberufen werden. Der Fraktionsvorsitzende der SPD. ging dabei mit Absichten. Der stellvertretende Bürgermeister Meißner leitete die Sitzung und erklärte, die Gemeindevertretung könne hier nichts beschließen. Er verjagte die Sitzung fortzureden. Der Genosse Exner von der SPD-Fraktion

Die durch den vorliegenden Anträgen, daß über die Erwerbslosen-Anträge einzeln abgestimmt wurde. Den SPD-Vertretern war es sehr unwillig, als selbst von bürgerlicher Seite erklärt wurde, daß man die Forderungen der Erwerbslosen anerkennen müsse. Der Verlauf der Sitzung zeigte, daß die SPD-Fraktion zwar immer den Mund hoch hält, aber dort, wo es auf Tatsachen im Interesse der Arbeiter ankommt, läßt sie sich nicht hören.

Nur dem geschloffenen Auftreten der Erwerbslosen ist es zu verdanken, daß die Forderungen mit Stimmenmehrheit angenommen wurden.

Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger, Sozial- und Kleinrentner, steht auch weiterhin in einheitlicher Front hinter eurem gewählten Ausschuss; dann wird der Sieg unser sein!

Einige Blüten aus Frömsdorf

Frömsdorf bei Müllersberg. Eine besondere Blüte in unserem Orte ist der Ortsgeistliche. Derselbe behauptet: „Die Erwerbslosen bekommen genug, sie sind bloß unzufrieden.“ Mit dieser Verhöhnung der Erwerbslosen zeigt der Ortsgeistliche nur, daß er zu den größten Feinden der Arbeiter zählt. Wir Erwerbslose sagen ihm: Jawohl, Herr Pastor, wir wollen keine Beihilfen, wir wollen Arbeit zu tariflicher Bezahlung! Daß sie als Vertreter der Kirche auf die Kommunisten nicht zu sprechen sind, können wir versichern. Doch trotzdem wird die Arbeiterchaft von Frömsdorf hinter den Kommunisten stehen!

Über die unerbittliche Verhaftung der Nazi gab in letzter Zeit der SA-Mann Müller Aufschluß. Einer Frau, die ihm nicht genug sein wollte, drückte er mit einem Messer die Kehle zu durchschneiden. Der Mann der betreffenden Frau ließ sich natürlich

die gemeinen Anpöbeln nicht gefallen, und so kam es zu einem gegenseitigen Streit, in dessen Verlauf der SA-Mann die Frechheit befaß, die betreffende angehende Arbeiterin als eine „Dure“ zu bezeichnen. Das ist die Moral der Nazi, die Deutschland retten wollen! Die Werktätigen müssen daran erkennen, daß sie mit diesen unfauberen Elementen, die nur in den Diensten der Zotten stehen, nichts zu tun haben können.



Jeder antifaschistische Kämpfer trägt das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion!

Die eiserne Front zerbröckelt

SPD.-Arbeiter verlassen aus Unzufriedenheit SPD.-Versammlung

Kedner der SPD. heßt gegen Kommunisten und propagiert Arbeitsdienstpflicht — SPD.-Arbeiter wollen das nicht hören und verlassen den Saal — Wir rufen alle SPD.-Proleten zur antifaschistischen Aktion

Söwenberg. Die „Eiserne Front“ veranstaltete hier am 1. Juni eine öffentliche Versammlung, die einen sehr stürmischen Verlauf nahm. Der Gewerkschaftssekretär Mache-Kauscha sollte über das Thema „Wir fordern Arbeit!“ sprechen. In Wirklichkeit hörten die Anwesenden über dieses Thema kein Wort. Gleich zu Beginn propagierten sie ziemlich laut vertretene Nazi, trotzdem wurde über den antifaschistischen Kampf kein Wort verloren. Im Gegenteil! Der Referent hekte noch gegen die kommunistischen Arbeiter. Das ist wohl der Dank dafür, daß sich unsere Genossen zum Schutze der Versammlung eingefunden haben? Das ist jedoch nicht im Interesse des Gewerkschaftssekretärs Mache, sondern im Interesse der sozialdemokratischen Arbeiter geschehen! Zur Frage der Arbeitsbeschaffung machte der Referent noch Propaganda für die faschistische Arbeitsdienstpflicht.

Selbst die SPD-Arbeiter waren mit den ganzen Ausführungen unzufrieden und brachten das auch während des Referats offen zum Ausdruck.

Schließlich forderte der Vorsitzende des Ortsausschusses den Referenten auf, doch endlich zum Schluß und zur Ende zu kommen.

Da der Kedner dieser Aufforderung nicht nachkam, verließ der Vorsitzende und eine Reihe anderer SPD-Arbeiter den Saal.

Am Schluß des Referats erklärte der Versammlungsleiter, daß er keine Diskussion gestatte. Darauf trat ein ungeheurer Tumult ein. Es zeigt sich, daß die „Eiserne Front“ aus einander bröckelt. Die SPD-Arbeiter haben kein Vertrauen mehr zu dieser Front, von der sie aufgefordert wurden, Hindenburg zu wählen, der jetzt Hitler zur Macht verhilft.

Wir rufen den SPD-Arbeitern zu: Es genügt nicht, der „Eiserne Front“ den Rücken zu kehren! Ihr müßt darüber hinaus euch einreihen in die antifaschistische Aktion. So, durch den gemeinsamen Kampf wird es möglich sein, die braune Markspieß, den Faschismus, die Wapen, Schleichler und Hitler vernichtend zu schlagen!

Achtung! Ortsgruppen- und Zellenleitungen! Organisiert für den roten Landsonntag (19. Juni) den Vertrieb unserer Zeitung

Kämpft mit der Roten Hilfe

gegen Faschismus und Klassenjustiz für die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen!

350 000 Einzelmitglieder

Der Vormarsch der Roten Hilfe

Im Kampf gegen Faschismus, Klassenjustiz, Polizeiwillkür wächst das Werk der Roten Hilfe.

3373 Ortsgruppen

zählt heute die Rote Hilfe laut Aufstellung des Zentralvorstandes der RH. Im ersten Quartal des Jahres 1932 sind 394 neue Ortsgruppen gegründet worden. Es gibt keinen Teil Deutschlands, in dem das Solidaritätswerk der Roten Hilfe nicht Fuß gefaßt in dem es sich nicht im letzten Jahr gewaltig ausgedehnt hätte.

341 469 Einzelmitglieder

zählt nach der letzten Aufstellung die Mitgliederzahl der Roten Hilfe. Das bedeutet, daß die durchschnittliche Mitgliederzahl der Ortsgruppe mehr als 100 beträgt. Unter der Gesamtzahl dieser Mitglieder befinden sich 92 118 Frauen. Im letzten Jahre wurden 117 300 neue Einzelmitglieder gewonnen. Die Gesamtzahl der Funktionäre beträgt 29 807. Unter der Gesamtzahl der Mitglieder befinden sich 208 554 parteilose Werkätige, über 92 118 Frauen, mehrere tausend sozialdemokratische Arbeiter.

641 000 Kollektivmitglieder

Die Zahl der kollektiv angeschlossenen Vereine und Organisationen beträgt 2439 mit insgesamt 641 000 Mitglieder. Im ersten Quartal 1932 schlossen sich 275 Organisationen mit einer Mitgliederzahl von 112 082 korporativ der Roten Hilfe an. Diese Zahl zeigt, daß durch den kollektiven Anschluß der einzelnen Organisationen die Basis der Roten Hilfe in immer stärkerem Maße verbreitert werden kann.

1 433 257,20 Mark

hat die Arbeiterschaft vom Januar 1931 bis 1. April 1932 zur Unterstützung der Opfer des faschistischen Terrors aufgebracht.

Antifaschistische Aktion der Massen

wird unsere Gefangenen befreien!

Wie bekannt, wurde im Rechtsausschuß des Preußischen Landtages in zwei Lesungen ein Amnestiegesetz beschlossen, das alle in Preußen abgeurteilten politischen Straftaten amnestiert.

In erster Lesung wurde außerdem ein kommunistischer Antrag angenommen, der auch die aus wirtschaftlicher Not befreiten Straftaten in die Amnestie einbezieht. In zweiter Lesung verfiel dieser Antrag der Ablehnung, da die Nazis gemeinsam mit dem Zentrum dagegen stimmten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch im Plenum des Landtages das Amnestiegesetz, das in Preußen nicht weniger als 3000 antifaschistischen Kämpfern die Freiheit wiedergibt, mit Mehrheit angenommen wird.

Aber schon hat die Sabotage dieses Amnestiebeschlusses eingesetzt. Während die Nazis für diesen Antrag stimmten, weil in Preußen ihre parlamentarische Lage anders ist als in Braunschweig, wo sie nur für die Amnestie ihrer eigenen Leute stimmten, von denen nur wenige zu geringen Strafen verurteilt wurden, hat die SPD, unter dem heuchlerischen Stichwort „Einheitsfront-Kommunistische Einheitsfront“ alle Minen springen, um die Ausführung des Amnestiegesetzes zu verhindern. Dabei hatten sie es in der Hand einem Amnestiegesetz ihre Zustimmung zu geben, das nur die antifaschistischen Kämpfer amnestierte.

Nach den bisher vorliegenden Tatsachen ist klar, daß nur die sofortige außerparlamentarische Aktion der Massen die Durchführung des Amnestiegesetzes erzwingen und den antifaschistischen Kämpfern die Freiheit geben wird.

Die Rote Hilfe macht mobil!

Sie wird jeden einzelnen Fall der Verurteilung eines antifaschistischen Kämpfers zum Anlaß nehmen um die werktätigen Massen für seine Befreiung in Bewegung zu setzen.

Überall werden wir die Prozesse neu aufrollen und sie in den Massen zur Diskussion stellen. In allen Orten, wo antifaschistische Kämpfer verurteilt wurden, müssen gerade sie in den Mittelpunkt einer aufrüttelnden Massenpropaganda gestellt werden. Massenversammlungen in all diesen Orten, Massenproteste in allen Betrieben und auf den Stempelstellen. Überall dort, wo der Verurteilte wirkte, müssen die werktätigen Massen für das Schicksal ihres Klassen-genossen interessiert und in die Aktion für seine Befreiung einbezogen werden. Es darf keine Erwerbslosenversammlung, keine Betriebsversammlung geben, wo nicht zum Schicksal der verurteilten antifaschistischen Kämpfer Stellung genommen wird. Überall dort, wo Arbeiter zusammenkommen, muß der Ruf nach Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen ertönen.

Wenn der Kampf so geführt wird, wenn die große Masse der Werkätigen mit dem Schicksal eines jeden einzelnen Verurteilten verbunden wird, dann werden alle Manöver der Nazis und alle Sabotageversuche der Braun-Severing und Konsorten die Befreiung der tapferen antifaschistischen Kämpfer nicht verhindern können.

Eine gewaltige Leistung trotz der verschärften Wirtschaftskrise. Wer in der Arbeiter-Roten-Hilfe steht und weiß wie mühselig es ist, diese gewaltigen Summen, die sich aus Fünfern und Groschen zusammensetzen, aufzubringen, der versteht, welchen Optimismus, welcher Arbeit, welcher zäher Ausdauer, welcher Solidarität die Arbeiterschaft fähig ist.

1/2 Million Mitglieder

ist das nächste Ziel der Roten Hilfe. 1 1/2 Millionen Mark Gesamtsummen bis Ende des Jahres 1932 — das nächste Ziel in der Aufbringung von Mitteln für die Opfer des faschistischen Terrors. Dieses Ziel wird die Rote Hilfe, gestützt auf die Solidarität und Aktivität der breiten Massen, erreichen.

Kampf- und Unterstützungsleistungen der Roten Hilfe

vom 1. Januar 1931 bis zum 1. April 1932

| | Mark |
|---|---------------------|
| Familien- und Gefangenenunterstützung | 411 195,00 |
| Notstandsunterstützung | 12 407,14 |
| Entlassungsgeld für Gefangene | 6 707,09 |
| Verteidigungskosten für Angeklagte | 348 891,53 |
| Kinderheime und -hilfe | 32 494,98 |
| Hilfsaktionen | 71 439,76 |
| Internationale Hilfe | 33 356,00 |
| Emigrantenhilfe | 87 076,16 |
| Lebensmittel, Kleidungsstücke, Gebrauchsgegenstände | 428 323,00 |
| Summa | 1 431 899,65 |

Vorbildliche R.-H.-Arbeit

Rote-Hilfe-Korrespondenz

Zehn Arbeiter aus Zwehren bei Kassel, darunter drei SPD-Arbeiter, hatten wegen einer Anklage, die auf Landfriedensbruch lautete, am 25. Mai Termin. Am 23. Mai organisierten wir eine öffentliche Rote-Hilfe-Versammlung die zu diesem Prozeß Stellung nahm und die das Ergebnis hatte, daß wir in dem kleinen Ort 30 Neuaufnahmen für die Rote Hilfe machen konnten. Als am 25. Mai der Prozeß begann, beherrschten die Angeklagten unter der Führung der Roten Hilfe die Gerichtsverhandlung. Unter dem Eindruck der öffentlichen Mobilisierung traten die angeklagten Genossen mit Schärfe und Festigkeit dem Richter gegenüber auf.

Unmittelbar nach dem Prozeß fand eine zweite Versammlung statt, und zwar am 28. Mai. In dieser Versammlung wurden 22 weitere Aufnahmen getätigt, darunter drei SPD-Arbeiter.

Nachzutragen ist noch, daß sämtliche Angeklagten sich selbst verteidigten, nachdem sie durch die Rechtsschutzberatung der Roten Hilfe hinreichend informiert worden waren.

Wir wollen euch dieses kleine Beispiel mittellen, weil nach unserer Meinung dieser Prozeß von uns politisch in der richtigen Weise ausgenutzt worden ist.

Gegen den Mordfaschismus

Für unsere antifaschistischen Kämpfer in den Kerkern sammelt unermüdlich

Für den „Rote-Hilfe-Kampffonds“

Am 17. und 18. Juni

Großsammeltag

In jeder Ortsgruppe, in jedem Betrieb wird gesammelt

Lest und verbreitet das „Tribunal“

Rückt zum Weltkongreß der IRH.

In der Zeit vom 10. bis zum 25. November dieses Jahres wird in Moskau der internationale Kongreß aller Sektionen der Internationalen Roten Hilfe stattfinden.

Im Herbst des Jahres 1922 ergriff die Organisation der alten Bolschewiki und die Gesellschaft der ehemaligen Zuchthäuser und Verbannten in der Sowjetunion die Initiative zur Gründung der Internationalen Roten Hilfe.

Es sind also gerade 10 Jahre verlossen, seit dem die IRH. ins Leben gerufen wurde. Neben diesem Gedenktag der Gründung der IRH. werden gleichzeitig durch die Werkätigen aller Länder der 15. Gedenktag der Oktoberrevolution sowie die Erfolge des vom Proletariat der Sowjetunion in vier Jahren glücklich erfüllten ersten Fünfjahrplans feierlich begangen werden.

Bereits zweimal, im Juni 1924 und im März-April 1927 wurden internationale Konferenzen der IRH. abgehalten, in denen über die wichtigsten Fragen der IRH. berichtet und Beschlüsse gefaßt wurden.

Insbesondere in der Zeit seit der zweiten internationalen Konferenz bis zum heutigen Tage hat sich die Internationale

Ein Teilerfolg im Kampf gegen die Henker von Scottsboro

Am 31. Mai entschied der Oberste Bundesgerichtshof der USA. zugunsten des von den Anwälten der I.L.D. (Rote Hilfe Amerika) eingereichten Appells und beschloß eine Ueberprüfung des Falles von sieben der Scottsboro-Jungen, die von dem Obersten Gericht von Alabama zum Tode verurteilt worden waren. Die Appellverhandlung ist für den 10. Oktober angesetzt. Der Beschluß, den Appell zu verhandeln, bedeutet automatisch eine Verschiebung des Hinrichtungstages, der für den 24. Juni angesetzt war.

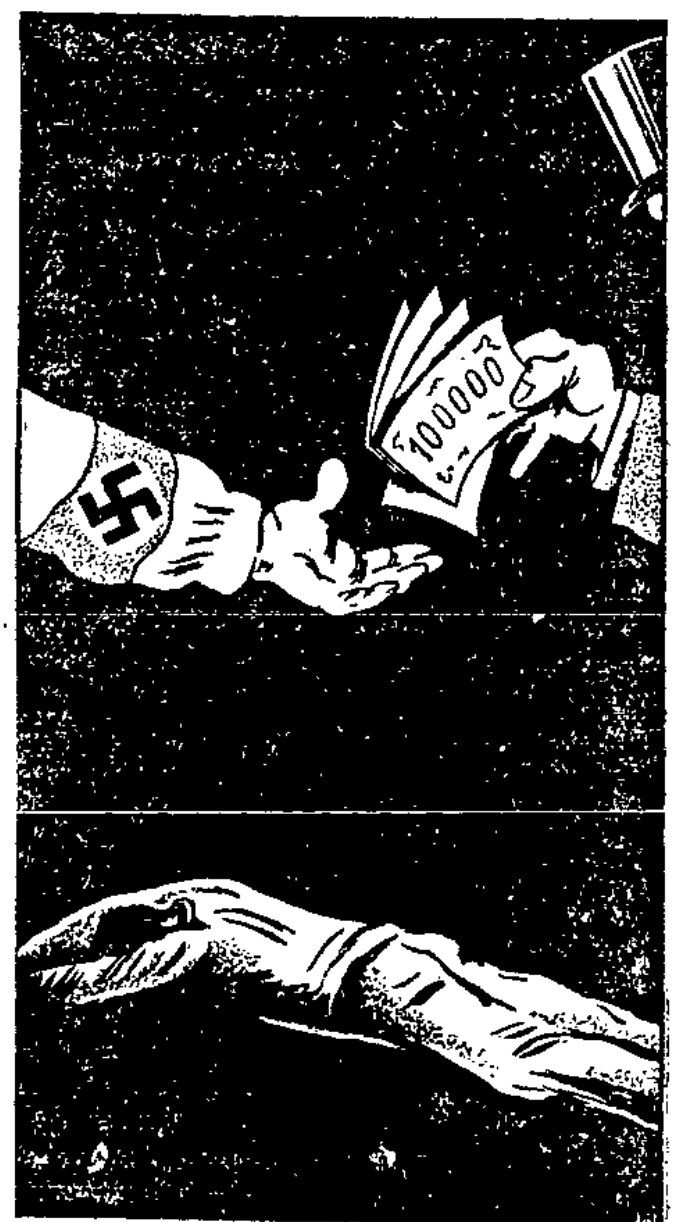
Die Anträge auf Revision waren von Walter Pollak im Namen der I.L.D. eingebracht. Die Begründung des

Am 17. Juni: Tag der Opfer von Scottsboro

Arbeiter, Werkätige, Intellektuelle! Steigert eure Proteste, überschüttet die Henker von Scottsboro, den Präsidenten Amerikas, die amerikanische Botschaft in Berlin mit euren Forderungen, die unschuldigen Neger-Jungarbeiter unverzüglich freizulassen.

Appells war: Ungenügende Beweismittel und die Tatsache, daß die Prozesse in einer Lynchatmosphäre stattfanden vor einer Geschworenenbank, von der Neger ausgeschlossen waren.

Die Führer der I.L.D. erklären zu diesem Beschluß des Obersten Gerichtshofes, daß er einen bedeutenden Teilerfolg im Kampfe für die Scottsboro-Jungen darstellt, warnen jedoch davor, sich in Sicherheit zu wiegen. Der Massenkampf muß noch hundertfach verstärkt werden. Die weiße Klassenjustiz wagt nicht, die unschuldigen Jungen noch im Sommer hinzurichten, weil sie die Wirkung der Massenerregung der Arbeiter im Laufe der Wahlkampagne fürchtet. Erst nach den Wahlen will sie den Beschluß bekanntgeben. Die Gefahr für die Scottsboro-Jungen ist auf Grund dieses Manövers unvermindert.



Rote Hilfe zu einer wirklichen internationalen Organisation mit Sektionen in 66 Ländern entwickelt. In den entferntesten Teilen der Welt von Chikago bis Schanghai, von Spitzbergen bis Kapstadt, hat die IRH. den Gedanken der internationalen Solidarität praktisch verwirklicht durch gewaltige Protestaktionen gegen den weißen Terror und die bürgerliche Klassenjustiz, die Millionen von Werkätigen aufgerüttelt hat.

Noch ist die IRH. nicht in allen Ländern zu jener Organisation geworden, die imstande wäre, am proletarischen Klassenkampf, an der internationalen Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker teilzunehmen. Sie hat sich noch nicht tief genug in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Organisationen, die Millionen von Werkätigen erfassen, verankert.

Zum kommenden Weltkongreß, beschickt von Arbeitern und Kleinbauern aller Länder, aus den Betrieben und Stempelstellen, aus den Massenorganisationen der Arbeiter in Stadt und Land, rüsten auch die Massen der Werkätigen in Deutschland, und verdoppeln ihre Anstrengungen im Kampf gegen Faschismus und Klassenjustiz für die Solidarität mit den Opfern des faschistischen Terrors.

Sozialistische Kommunalpolitik

2,6 Milliarden Rubel für Wohnungsbau
16 Millionen Quadratmeter Neubau — Umbau
Moskauer

Anlässlich des Jahrestages der historischen Beschlüsse des Zentralkomitees des 31. der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über die Entfaltung der sozialistischen Kommunalwirtschaft, widmen die „Zweitsija“ der Entwicklung der Kommunalwirtschaft, vor allem in der roten Hauptstadt, eine ausführliche Betrachtung und bringen umfangreiches Material über die Erfolge und Perspektiven der sozialistischen Kommunalwirtschaft in den wichtigsten Städten der Sowjetunion. Es wird im Besonderen darauf hingewiesen, dass 75 000 Menschen in Moskau im vergangenen Jahr neue Wohnungen in Neubauten erhielten und dass im laufenden Jahr neue Wohnungen für 250 000 Menschen in Moskau fertiggestellt werden sollen. Die Verwaltung Moskaus in eine vorbildliche sozialistische Hauptstadt wird durch ständige Neupflanzungen, durch Asphaltierung der Straßen, Ausbau der elektrischen Beleuchtung, durch ununterbrochene Neueinstellungen von Straßenbahnwagen, Autobussen und Taxen sowie durch die schnelle Entwicklung der Kanalarbeit der Moskauer Untergrundbahn und durch die Erweiterung des Wasserleitungs-, Kanalisations-, Gas- und Fernheizungsnetzes mit riesigen Schritten jertgeleitet.

Auf die 20 wichtigsten proletarischen Zentren, wie Baku, Kowno, Sverdlow, Stalingrad und andere entfallen etwa zwei Drittel des Betrages von 2650 Millionen Rubel, die für den Wohnungsbau des Kommunalwesens im Jahre 1932 zur Verfügung gestellt wurden. Im vergangenen Jahre wurden Neubauwohnungen mit 5 970 000 Quadratmeter neu bezogen, wovon 880 000 Quadratmeter Wohnungen auf die Bergarbeiter des Donezbeckens entfallen. Der Gesamtplan von 1932 sieht die Herstellung von Neubauwohnungen mit einer Wohnfläche von 16 Millionen Quadratmeter vor.

Von den Brigaden, die mit der Ausarbeitung des Projektes für den grundlegenden Umbau Moskaus auf Grund der Beschlüsse des Zentralkomitees beauftragt wurden, hat die Brigade des bekannten deutschen Architekten Ernst May als erste ihr Projekt eingereicht. Dieses Projekt, das „Stadtkollektiv“ benannt wird, sieht drei Etappen durch die Errichtung von „Wohnkombinaten“ für durchschnittlich 100 000 Bewohner in der weiteren Umgebung des heutigen Moskaus vor. Die Wohnkombinate sollen durch ein System elektrischer Schnellbahnen mit dem Stadtkern verbunden werden, dessen Bevölkerung planmäßig gemindert werden soll. Die in der unmittelbaren Nähe der Betriebe der Leichtindustrie gelegenen Wohnkombinate sollen von diesen nur durch Grünzonen getrennt werden. Die Moskauer Schwerindustrie soll in geschlossenen Gebieten des Südens der Stadt belassen werden, während die Belegschaften dieser Betriebe in den Wohnvierteln in gewisser Entfernung von ihren Arbeitsstätten untergebracht werden sollen. Unter den übrigen mit der Ausarbeitung der Projekte beauftragten Brigaden befinden sich ferner die Brigaden des Architekten Hannes Meyer und des Architekten Kurt Moser.

Nachruf der Sowjetpresse für Karl Moor

Die Moskauer Presse widmet dem am 14. Juni verstorbenen alten Revolutionär Karl Moor ausführliche Nachrufe.

In diesen Nachrufen wird darauf hingewiesen, daß Karl Moor, der einer der Gründer der Schweizer Sozialdemokratie war, durch besonders enge Bande mit der russischen und polnischen revolutionären Emigration verbunden war. Nach der Spaltung der russischen Sozialdemokratie stellte er sich auf die Seite der Bolschewiki und betätigte sich beim Ausbruch des Weltkrieges als Gegner des Sozialimperialismus, wobei er den Bolschewiki jede nur mögliche Unterstützung erwies. Karl Moor setzte sich in jeder Weise für Lenin und dessen Freunde ein, er unterstützte materiell die Spartakisten und die gegen den Sozialimperialismus kämpfende Jugendinternationale. Er standest nach der Oktoberrevolution nach der Sowjetunion über, wo er lange Jahre lebte und eine enge Freundschaft mit Lenin unterhielt. In den letzten Jahren seines Lebens widmete Karl Moor sein Interesse der russischen Revolution, in der er die erste sozialistische Revolution sah.

Moor durchschritt ehrlich den Weg von der Ersten Internationale zur proletarischen Revolution. Das kommunistische Proletariat lenkt vor seinem Grab das Kampfbanner.

Theodor Plivier:

Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

Fortsetzung

Der Kohlenkleeper Jakob Bonczyk starrt in den Dunst, in dem das treibende Schiff verschwunden ist. Er sieht abweisend den vor Anker liegenden „Markgraf“, von dem der schrille Ton einer Signalpfeife herüberweht, und er ist sekundenlang unfähig, etwas zu denken. Dann dreht er sich kurz um, läuft über das Deck zurück und verschwindet im Zugang zum Heizraum. So schnell er mit seinen Pantinen kann, klettert er die Steigeleiter zu den Kesselräumen hinunter.

Die Heizer meutern!

Die Matrosen auch!

Auf der Brücke steht der Kommandant starr wie ein Holz. Die deutsche Flotte soll zum Schlagen gegen die englischen Seestreitkräfte eingesetzt werden. Die Fahrt der Flotte soll der Heimat den Ausbruch zum Durchhalten geben und den gewaltigen Aufstand zur nationalen Verteidigung bilden.

Wenn die Kanonen der Flotte sprechen, werden die schmachlichen Friedensschwägerinnen und die entehrenden Verhandlungen der neuen Zivilregierung verstummen müssen!

Aber die Ausfahrt wurde von Stunde zu Stunde verschoben. Und dann kamen alarmierende Nachrichten:

In der Schenke haben Mannschaften ihre Schiffe verlassen. Die Matrosen von der „Helgoland“ haben das Ankerlicht verhängt. Die Matrosen von der „Thüringen“ ließen den Anker wieder fallen, nachdem er schon oben war und nachher verbarriadierte sich die Mannschaft in der Vorkammer. Und jetzt der Wortspruch: Sabotage auf „König Albert“!

Der Kommandant gibt dem Signalführer die Klade mit den eingetragenen Taut- und Wortsprüchen zurück.

„Die Nachricht bleibt ganz geheim, Herr Oberleutnant!“

„Towohl, Herr Kapitän!“ antwortet der Signalführer.

Aber die Nachricht springt bereits wie ein Funke durch das Schiff, durch die Kasematten und Geschütztürme, durch die Kessel-

Barrikaden in Zürich

Streikdemonstration trotz Verbot / Vierstündiges Feuergefecht / Ein Toter und viele Schwerverletzte
Sozialdemokratische Führer jenseits der Barrikade / SP- Arbeiter in roter Einheitsfront

Zürich, 16. Juni. (Eigene Meldung.) Schon Stunden hindurch tobten in den Straßen Zürichs erbitterte Barrikadenkämpfe, wie sie sich in der Schweiz seit dem Generalstreik von 1918 nicht mehr ereignet haben.

Die Entwicklung eines mehrwöchigen Lohnkampfes von 400 Monteuren bis zu Straßenkämpfen unter Teilnahme von mehreren tausend Arbeitern ist ein Beispiel für äußerste Zuspitzung der Klassengegenstände.

Seit fünf Wochen streikten 400 Monteure unter der Führung der RSD. Gemeinsam mit den revolutionären Kollegen streikten auch die reformistisch organisierten Arbeiter von Anfang an. Trotz unerhörter Versuche, durch Streikbruch die Front der Streikenden zu erschüttern, war bisher nicht der geringste Erfolg zu verzeichnen gewesen. Daher ist die Polizei des sozialdemokratischen Direktors zu neuen Methoden gegen die Streikenden übergegangen. Mit vorgehaltenem Revolver werden die Streikposten verhaftet, die die Streikbrecher von den Bauten holen wollten.

Nachdem mindestens 50 Streikende, darunter die Hälfte der Streikleitung verhaftet wurden, hatte die Streikleitung die Arbeiter zu einer Protestkundgebung ausgerufen. Die Protestkundgebung wurde von dem ausschließlich sozialdemokra-

tischen Stadtrat verboten. Trotz des Verbots versammelten sich Mittwochabend viele Tausend Arbeiter auf dem Demonstrationsplatz. Es wurde aufgefodert, eine Demonstration zu bilden, worauf die Polizei mit Säbeln und Revolvern gegen die Arbeiter massen vorging. Mindestens vier Stunden lang wurde scharf geschossen, sogar in die Wohnungen der Arbeiter hinein.

Die Demonstranten errichteten gegen die Abriegelungsverhinderung der Polizei Barrikaden aus Balken und Pflastersteinen. Bisher sind über 40 Verletzte, darunter eine ganze Zahl Schwerverletzte gemeldet. Einer der Schwerverletzten ist bereits gestorben. Die Polizei nahm Massenverhaftungen vor. Die Zusammenstöße hielten fast die ganze Nacht an.

Morgens um zwei Uhr unternahmen 40 bis 60 Polizisten einen Überfall auf das Lokal der revolutionären Arbeiterkassette, ertrahen die Büros des Sekretariats und beschlagnahmten das Material. In einer Mitteilung des sozialdemokratischen Polizeinspektors an die Presse erklärte er, er verlangte ein Verbot der Versammlung gegen die revolutionäre Arbeiterkassette. Weiter forderte er, die Polizei müsse mit Stahlhelmen ausgerüstet werden. Der Redakteur der kommunistischen Zeitung ist verhaftet worden.

Polnische Künstler als Kriegsgegner verhaftet

Massenhausdurchsuchungen bei Unterzeichnern des Antikriegsauftrufes in der Westukraine, dem Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion — Nun erst recht Mobilmachung für den Antikriegskongress

Wie berichtet bereits kurz, daß die polnische Regierung Terrormaßnahmen gegen Unterzeichner des Antikriegsauftrufes eingeleitet hat.

Nunmehr werden nähere Einzelheiten bekannt: In Lemberg (Westukraine) wurde vor einigen Tagen im Zusammenhang mit dem Aufruf des internationalen Initiativkomitees gegen den Krieg, an dessen Spitze Román Kolland, Henri Farbusse und Gorki stehen, ein Antikriegs-Komitee gegründet. Das Komitee hat einen Aufruf herausgegeben, in dem es seine volle Solidarität mit der Initiative von Kolland, Farbusse und Gorki und seine Bereitschaft zusammen mit der Arbeiterklasse gegen den Krieg und für den revolutionären Schutz der Sowjetunion zu kämpfen erklärt. Der Aufruf ist unterschrieben von einer großen Reihe ukrainischer, polnischer, jüdischer und anderer Gelehrter, Schriftsteller, Künstler, Rechtsanwälte und Intellektuelle wie Leon Schiller, Todor Galan, Kruselnicki, Kolesa, Professor Dr. Sofia Rissa, Funktionäre der PPS, Krajewski, Dr. Emil Kattner und fünfzig andere.

Das tschechische Heftblatt „Kurjer Codzienny“ vom 12. Juni verlangt von der tschechischen Polizei scharfe Maßnahmen gegen das Komitee und alle Mitglieder des Komitees.

Daraufhin wurden gestern bei sämtlichen Unterzeichnern des Aufrufes Hausdurchsuchungen vorgenommen. Eine Reihe von Künstlern und Schriftstellern, darunter der bekannte polnische Theaterregisseur Leon Schiller, wurden verhaftet. Gegen sie soll eine Anklage auf Hochverrat eingeleitet werden, weil in dem Aufruf Sowjetrußland das Vaterland aller arbeitenden Massen genannt und der europäische Pazifismus als geistlicher Betrug bezeichnet wird. Als „staatsfeindlich“ wird angesehen, daß das von Polen Ostgalizien genannte okkupierte

Land, das als unmittelbares Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion gilt, in dem Aufruf Westukraine genannt wird.

Gorgulow-Prozess erneut verschleppt

PARIS, 16. Juni. Paul Gorgulow hat, als ihm der Beschluß der Untersuchungskammer mitgeteilt wurde, seinen Fall an das Schwurgericht zu verweisen, beim Appellationsgericht Antrag auf Nichtigkeitsklärung des vom Untersuchungsrichter gegen ihn angewendeten Verfahrens gestellt. Unter diesen Umständen wird, da der vorgeschriebene Instanzenweg durchlaufen werden muß, der Prozess wahrscheinlich erst im August, möglicherweise erst im Oktober zur Verhandlung kommen.

Da die Voruntersuchung alle antibolschewistischen Verleumdungen widerlegte, die Verbindung Gorgulows mit den Weißgardisten und dadurch die Mitschuld der französischen Behörden an dem Präsidentenmord aufdeckte, ist anzunehmen, daß Gorgulow nicht ohne jenseitigen Druck die Verzögerung des Prozesses herbeiführt.

Die Telegraphenagentur Schimbun Kengo teilt mit, daß auf Veranlassung des japanischen Kriegsministeriums neue Truppen nach der Mandschurei entsandt werden. Die Truppen sollen in Tchangtschun, Kirin und Charbin untergebracht werden.

und Maschinenräume: sie reißt die Matrosen hinter den Geschützen auf die Füße und setzt die Heizer in Bewegung.

Die Heizer meutern!

Die Matrosen auch!

Bonczyk hat Raumschuh geholt. Noch nie haben die beiden den Weg vom Heizraum durch die Schmiede und die eiserne Steigeleiter hoch so schnell zurückgelegt. Sie laufen durch die Kasematten und kommen in die Vorkammer. Dort hat sich eine große Gruppe Matrosen angesammelt; auch die Heizer der Freiwache stehen dabei. Und alle schreien durcheinander, jede Vorsicht haben sie vergessen.

„Vierzehnhalb Jahre haben wir geschuftet, und jetzt, wo der Friede kommt...“

„Und Prinz Max schon Wilson Waffenstillstand angeboten hat...“

„Jetzt, wo der Krieg verloren ist, noch ein Vorstoß!“

„Das ist wohl bloß wieder eine Scheißhausdepeche!“

„Wir sollen doch bloß zum Minensischen rausfahren!“

Schorisch steht auf dem Kettenkasten:

„Was, Minen fischen? Du blinder Hund, kannst du nicht sehen, wo die Fahrt hin gehen soll? Und die Farbe, die auf der Laufbrücke zum Schornsteinmalen klar steht, weist du nicht, was das bedeutet? Und beim Navigationsoffizier liegen die Karten von der englischen Ostküste auf dem Tisch!“

„Nach England sollen wir!“

„Und alle verkaufen!“

Das Getümmel von Gesichtern wird größer. Aus den Kasematten kommen noch mehr Matrosen, und aus den Kesselräumen noch mehr Heizer. Raumschuh hat sich nach vorn gedrängt und ist auf den Kettenkasten mit hinaufgestiegen. Er steht neben Schorisch, verzehmert und bis zum Gürtel nackt, nur um den Nacken hat er ein Schweifstuch gehängt.

„Dieser Vorstoß ist Selbstmord — das ist doch ganz klar, den wollen unsere Offiziere machen, weil sie den Krieg verloren haben! Weil die Herren Angst vor der Zukunft haben und weil sie nachher arbeitslos sind! Und da sollen wir mit dabei sein! Dafür sollen wir unsere Knochen hinhauen!“

„Aha, hier spricht ‚Genosse Scheidemann!‘“

„Halt die Schnauze oder ich stopp sie dir!“

Raumschuh braucht von seinem Kasten nicht erst herunterzusteigen. Einer der Umstehenden hat dem Plunk aus der Offiziersmesse schon einen Stoß in die Rippen gegeben.

„Den Schädel soll man ihm einhauen!“

„Die Knochen kaputt schlagen!“

„Überhaupt Scheidemann — der hat ja keine Ahnung!“

Der Plunk zieht sich nach dem Ausgang zurück. Ein paar Mann verstellen ihm den Weg.

„Hiergeblieben, das könnte dir wohl so passen!“

„In die Messe gehen und uns verpflegen, was?“

„Laßt ihn schon laufen, das ist doch alles egal! Das Versteckspiel hat ein Ende. Wir müssen es so machen wie die auf „König Albert“. Wir haben lange genug geheizt! Wir können auch mal anders!“

Draußen hört man laute Rufe. Ein paar Matrosen kommen in die Vorkammer:

„Kommt an Deck, aber los, schnell!“

„An Deck, der ‚Markgraf‘!“

„Was denn?“

„Was ist denn?“

„Die Heizer vom ‚Markgraf‘!“

Der Ausgang aus der Vorkammer und der enge Zugang zum Deck kann die Menge, die gleichzeitig hindurch will, kaum fassen. Es gibt Stöße und Hautabschürfungen. Und die an das freie Deck Gefommenen können im ersten Moment nicht sehen, was los ist.

Doch dann sehen sie, wie an den beiden mächtigen Schornsteinen des Linienschiffes „Markgraf“ die Rauchfahnen abreißen und wie statt des dunklen Kohlenrauchs weißer Wasserdampf in dichten Ballen an den Nachthimmel hochsteigt.

Sie löschen die Feuer!

Die Heizer meutern!

Und das Schiff sieht dabei gespenstisch ruhig und unheimlich leblos aus. Nur die dunkle Silhouette mit Schornsteinen und Geschütztürmen — aber kein Mensch ist zu sehen.

Die Leute vom „Kurfürst“ stehen an Deck, überwältigt von der Erscheinung und der sich darin bergenden Tatsache. Mit einmal brennt der Scheinwerfer des eigenen Schiffes auf. Der Lichtkegel sucht über das Deck hin und bleibt an dem Haufen hängen, der plötzlich in grellem Licht dasteht. Die Matrosen starrten geblendet zur Kommandobrücke hoch. Sie können nichts sehen, sie hören nur die Stimme über sich.

Der Kommandant ruft herunter:

„Die Leute da — was stehen sie da rum!? Runter vom Deck — marsch, runter ins Schiff!“

Fortsetzung folgt

Antifaschistische Aktion der proletarischen Jugend Breslaus

Schluß mit Zwangskursen und Arbeitsdienstpflicht! — Schluß mit dem faschistischen Mordterror — Eine wichtige Jungarbeiterverammlung des Kampfausschusses der Zwangskurjustellnehmer

Breslau, 17. Juni. In der vergangenen Nacht hat der Kampfausschuß der proletarischen Jugend in Breslau im Rahmen der Gemeinde einberufenen öffentlichen Versammlung die Verklammerung der Jugend durch den Faschismus als Hauptgegner, Notverordnung und Arbeitsdienstpflicht, im Kampf gegen den Faschismus geboren, hat der Kampfausschuß der proletarischen Jugend bereits einen großen Erfolg erzielt. Der Verlauf der Versammlung zeigte das allgemeine Interesse der Jugend an den künftigen roten Einheitsfront.

Der Genosse Hansel eröffnete mit seinen Worten die Versammlung und erklärte die Notwendigkeit der Kampfausschüsse, den Genossen helfen, das Verbot der Arbeitsdienstpflicht über den Verlauf des Kampfes, den Kampf in den einzelnen Stufen und über die weiteren Maßnahmen des Kampfes. Nach ihm sprach Genosse Wenzel vom F.A., der für die politische Untergründe der Zwangskurse treibe und die Notwendigkeit des weiteren Kampfes betonte.

Am Auftrage des F.A. sprach der Genosse Hans, der in seinen Ausführungen besonders auf die neuen Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, das drohende Verbot der Arbeitsdienstpflicht und die Forderung des weiteren Kampfes gegen Zwangskurse und Arbeitsdienstpflicht, gegen den Mordterror der braunen Banden. Am Schluß seiner Ausführungen verlas der Genosse Hans einen Aufruf, der vom F.A. der Versammlung zur Weiterführung des Kampfes vorgeschlagen wurde. Dieser Aufruf wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Wir veröffentlichen ihn anschließend.

Ein Jungerwerbslose, der gestern aus dem Arbeitsdienstpflichtlager entlassen war, berichtete aus den Lagern in Magnitz und Klein-Cunow bei Oels.

Werner Frey, Mitglied des F.A. und Jugendleiter der Metallarbeiterjugend, trat in der Versammlung auf und ließ gemäß den Beschlüssen des Bundesvorstandes des F.A. eine Verteidigungsrede der Arbeiterklasse vom Stapel. Er verteidigte sich dabei zu der Unerschämtheit, die Kursteilnehmer der Unfähigkeit zu bezeichnen und ergoß sich mit einer wahren Begeisterung gegen die Unorganisierten.

Am Namen der Mitglieder der Metallarbeiterjugend erklärte ein Genosse, daß die Beschlüsse von Frey nicht die Auffassung der Metallarbeiterjugend ist und sprach die Bereitschaft zum Kampf gegen die Faschisten aus.

Am Namen des F.A. erklärte der Genosse Pollak, daß auch sie die Beschlüsse von Frey ablehnen und in der gestrigen Arbeiterversammlung der F.A. eine Resolution angenommen haben, wonach sich alle Mitglieder zum schärfsten Kampf gegen die Faschisten verpflichten. Er erklärte weiter, daß sie dem Vorschlag des F.A. zur Weiterführung des Kampfes zustimmen.

In den Schlußworten wurden noch besonders die nun in Angriff zu nehmenden Arbeiten zum Aufbau des roten Massenelbstschutzes der proletarischen Jugend, zur Schaffung von Kampfausschüssen im Betrieb und an der Stempelstelle und zur Organisierung der antifaschistischen Jugendkommissionen aufgezeigt.

Beim Schluß der Versammlung in die „Internationale“ ein mit einem dreimal kräftigen „Rot Front“ wurde die wichtige Versammlung geschlossen.

Samstags Vorlesung Jungerwerbslose werden in Zwangskursen erfasst. Tausende von Jungerwerbslosen sind heute bereits in Arbeitsdienstlagern.

400.000 Jungerwerbslose sollen in den nächsten Tagen und Wochen in die Arbeitsdienstpflicht eingereiht werden.

In den verschiedenen Bezirken werden Jungerwerbslose in Sammelkassen von Schulen und anderen Gebieten des Reiches zur Arbeitsdienstpflicht verbracht. Die Regierung der faschistischen Beamten, Junker und Junkerbarone hat durch die neuen Notverordnungen unannehmerliche Maßnahmen gegen die

Lebenslage der werktätigen Massen erlassen, die von Hindenburg, dem „kleineren Hebel“ der Sozialdemokratie, unterzeichnet wurden. Das Verbot der F.A. ist aufgehoben. Eine gewaltige Welle faschistischer Mordfälle gegen die proletarische Jugend setzt ein. In Breslau wurden junge Arbeiter und Arbeiterinnen von den braunen Mordbanden blutig niedergeschlagen.

Die proletarische Jugend setzt sich zur Wehr!

300 Jungerwerbslose streikten gegen die Zwangskurse. Jungerwerbslose kämpften in geschlossener Front mit den erwachsenen Arbeitern in den verschiedensten Orten Schlesiens erfolgreich gegen den Unterdrückungsstab. In fast allen schlesischen Arbeitsdienstpflichtlagern sind dauernde Meutereien und Streiks.

Hundert junge Arbeiter und Arbeiterinnen reichten sich in der gewaltigen Kampfandebung der antifaschistischen Aktion in den roten Massenelbstschutz ein. Die rote Einheitsfront der proletarischen Jugend muß fester geschmiedet werden zum Kampf gegen Zwangskurse, Arbeitsdienstpflicht, Faschismus und Krieg.

Die öffentliche Jugendversammlung beauftragt den Kampfausschuß der Zwangskurjustellnehmer zur Durchführung folgender Aufgaben:

1. Durchführung von Jungerwerbslosenversammlungen in den Stadtteilen zur Schaffung von Jugendkommissionen bei den bestehenden F.A. Ausschüssen.

2. Zusammenfassung der Jugendlichen im roten Massenelbstschutz, Durchführung von Versammlungen in allen Stadtteilen, Häuserblöcken, Betrieben usw. zum weiteren Ausbau des Massenelbstschutzes der proletarischen Jugend.
3. Bildung von Kampfausschüssen in den Betrieben, Berufsschulen usw. zur Organisierung des Kampfes auf allen Fronten.
4. Organisierung einer antifaschistischen Jugendkonferenz.

Die Versammlung ruft alle Breslauer jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, alle Klassenkämpfer aus der F.A., F.V. und F.W., alle Jungreichsbanner, Kameraden des Schulbundes und Kampfbundes gegen Faschismus, Jugend der Gewerkschaften und Sportler, organisierte und unorganisierte, parteilose Jungarbeiter auf: **Teilt euch in den Betrieben an der Bildung von Kampfausschüssen zur Vorbereitung von Streiks gegen Lohnraub und Faschismus. Arbeit an den Stempelstellen und in den schlesischen Jugendkommissionen bei den F.A. Ausschüssen, zur Organisierung des Kampfes für die Arbeitsbeschaffungsorderungen des F.A. Ausschusses.**

Wählt in allen Zwangskursen und Berufsschulen Schülerräte! Steht in den roten Massenelbstschutz der proletarischen Jugend! Wählt Delegierte zur antifaschistischen Jugendkonferenz!

Heraus zur antifaschistischen Aktion!
gegen Zwangskurse und Arbeitsdienstpflicht,
gegen Notverordnungsdictatur, Faschismus und Krieg!

Kleiner Belagerungszustand in Sagan!

Erwerbslose demonstrieren trotz Verbote — Unerhörte Polizeiaktionen — Die Reichswehr in Bereitschaft — Die antifaschistische Aktion wird verstärkt fortgesetzt

Sagan. Heute bringen wir über die Vorgänge in Sagan einen Bericht. Der entlassene Kampf der Saganer Wohlfahrtskämpfer wurde, auch nachdem Reichsbanner in Sagan eingetroffen war, fortgesetzt. Trotz Demonstrationen verbot sich die hungernde Erwerbslose am Freitag, dem 10. Juni auf den Marktplatz.

Nicht genug damit, daß am 8. Juni die Unterstützung zum dritten Mal um 20 bis 25 Prozent gekürzt wurde, erlaubte sich das Wohlfahrtsamt die vor Jahren gezahlten Vorküsse teilweise von der niedrigen Unterhaltung in Anrechnung zu bringen. So wurde unter den Betroffenen eine helle Empörung laut. Der Beginn der am Freitag, dem 10. Juni, 10 Uhr, stattfindenden Kreisaustrückführung begaben sich die Mitglieder des Kampfausschusses zum stellvertretenden Landrat, Kreisdeputierten Köpfling, um in letzter Stunde nochmals einzuprechen, daß der Kreisaustrück bei seiner Sitzung dem Verlangen der Erwerbslosen volle Rechnung tragen möge, d. h. die alten Höhe der Gehalts, sowie allgemeinen Härtefälle anzugehen und die Landtage an die der Stadt anzuweisen, sowie die Pflichtarbeit in allen Gemeinden zu befestigen. Ferner wurde gefordert, daß der Differenzbetrag an alle nachgezahlt wird. Während das Komiteemitglied vorzutragen, schloß sich der erste Bürgermeister Dr. Kahlbe hinzu. Dieser erklärte etwa folgendes: „Meine Herren, es ist wahr, daß die Erwerbslosen heute nachmittag 5 Uhr eine Demonstration planen? Ist ihnen das bekannt? Was haben Sie hierzu zu sagen, Herr Köpfling, Herr Geyer? Ich mache nach wie vor die Komiteemitglieder für alles das, was geschieht verantwortlich.“ Die Vertreter der Erwerbslosen erklärten darauf, daß, wenn die behördlich zuständigen Stellen den gestellten Forderungen der Erwerbslosen vom Kreisaustrück keine Rechnung trägt, das Komitee die Verantwortung ablehnen über das, was die Behörde durch Abschnehung hiermit unter den Erwerbslosen erlasse. Von einer Demonstration war den Vertretern absolut nichts bekannt.

Die empörten Arbeitermassen hatten sich inzwischen auf dem Marktplatz versammelt.

Der Leiter des Kampfausschusses gab bekannt, daß der Kreisaustrück die Forderungen der Wohlfahrtskämpfer abgelehnt habe. Einzige und allein wurde zugesagt, daß für Ledige im Haushalt der Eltern eine feste Norm angelegt werde. Für Ledige mit eigenem Haushalt beträgt ein Satz von 32 Mark monatlich. Von diesem Satz erhält der Ledige bei den Eltern 75 Prozent und nicht darunter. Die Norm ist 28 Mark monatlich. Jedoch unterliegt dieser Satz der Zustimmung der Regierung.

Plötzlich wurde der Leiter durch das herannahende Polizeikommando zum Abtreten gezwungen.

Eine ungeheure Erregung unter den Versammelten lagte ein. Die Polizei provozierte in unerhörter Weise. Es wurden durch Polizeibeamte die Köpfe verarscht, jedoch Personen im Alter von 51 Jahren kürzten, Jugendliche und Frauen wurden gewaltig. Die Wasserlinie wurde in die Menge eingeschlagen. Man versuchte die Massen durch Einzelaktionen zu zerschneiden. Verfolgt mit Gummiknüppel einzelne Personen und schlug auf sie ein bis sie zusammenbrachen. Die Landjäger, 16 bis 20 an der Zahl, benahmen sich gegen die Hungernden wie losgelassene Löwen. Letzteres trifft besonders für Synale und die Kommunisten aus, Michal, Walter, Zuhlig, Frömmer, Döring, Thiel und Gähler zu. Die meisten von diesen sind faschistisch durchdrungen.

Das Militär in Reserve hand vertritt auf der Sorauerstraße und in der Nähe der Polizeiwache in Bereitschaft.

Mitige Köpfe, schreiende Kinder, ohnmächtige Frauen, war das Resultat der wüsten Polizeiaktionen. SA-Führer Thiele und der Angestellte Selge vom Arbeitsamt beteiligten sich als Polizeispigel. Wir fragen den Vorsitzenden des Arbeitsamtes, was wird mit Selge,

der sich in der Zeit der Dienststunden von 5 bis 8 Uhr, Freitag, für die Polizei als Handlanger betätigte, geschehen? Wann wird er entlassen? Wir fordern Antwort! Mehrere Arbeiter, wie Köpfling und Morawik, wurden inhaftiert und erst Sonnabend in der siebenten Stunden freigelassen. Landpolizei und örtlicher Schutz wurde zur Verstärkung herangezogen. Angeblich soll die ganze Polizei zum Straßendienst seit Sonnabend 3 Uhr anfänglich des Kaufmännertages hier sein. Auch das Militär ist natürlich „bloß auf Durchreise.“ Wir kennen diesen Schwund!

Das, was sich in Sagan der erste Bürgermeister erlaubt, ist eine unerhörte Provokation aller Arbeiter! Mit Gewalt soll die revolutionäre Klasse unterdrückt werden. Das beweisen die früheren Ausführungen dieses Bürgermeisters im Parlament, indem er erklärte: „Eher muß sich das Straßengestühl biegen, ehe ich nachgebe.“

Arbeiter von Sagan seht diesen Wahlspruch des ersten Bürgermeisters in die Tat um, dann wird die herrschende Klasse vor der Arbeiterklasse zittern. Weg mit der Landespolizei! Weg mit dem Militär, das sich rund um Sagan und in der Stadt aufhält! Das alles sind Maßnahmen, die sehr lebhaft an einen Belagerungszustand erinnern. Heraus mit diesem Bürgermeister aus dem Amt, der vor kurzem noch Aufstiegsleiter vor Majestät zum Ausdruck brachte, heute aber selbst den brutalsten Faschistenterror ausüben läßt. Die SPD. zeigt als einzige Partei den Weg aus Elend und Not. Mobilisiert die Betriebe, verbreitet die Einheitsfront!

Jetzt will man ein Gemisch studieren und schloß zu diesem Zweck von Seiten der Polizei die Schuld an der Grundgebung dem Kampfausschuß in die Schuhe. Ja selbst das halbtägliche Naziblattn „Saganer Wochenblatt“, hilft hierbei und denunziert die Arbeiter.

Die Antwort aller muß sein: Einweg mit diesem Lügenblatt! Jetzt legt nur noch die „Arbeiter-Zeitung“! Verstärkt die roten Massenelbstschutzgruppen! Die Betriebe müssen freikierig gemacht werden! In den Kampfausschüssen gehören noch Vertreter der Frauen und der Jugend, denn diese haben unter dem Unterdrückungsabbau besonders stark zu leiden.

Montagabend im Volkshaus 8 Uhr, findet eine Massenversammlung vom Kampfausschuß als Protest gegen den Polizei- und Faschistenterror statt! Alle müssen erscheinen, besonders aber die Betriebsarbeiter!

Im Nazireich — brutale Ausbeutung der Arbeitermädels!

Sagan. Wie uns bekannt wird, ist Fräulein E. K. aus Pitterbach-Waldenburg seit dem 15. März durch Zeitungsinferat im Lokal „Kaisergarten“ als Hausmädchen tätig. Das Mädchen ist 25 Jahre alt und fast drei Monate bei der berühmten Firma Bartel hier selbst tätig gewesen, ohne daß sie nur einen einzigen Pfennig Lohn erhalten hat. Um das Mädchen loszuwerden und Lohn zu sparen, versuchte die dortige Wirtin auf raffinierte Art Anspielungen loszulassen. Sie erklärte, nach wiederholten Drängen des Mädchens um Zahlung ihres Lohnes: „Ich habe kein Geld. Bei der heutigen Zeit hat niemand Geld, da muß man zufrieden sein, wenn man das Essen hat. Wenn Ihnen das nicht paßt, da gehen Sie doch. Gehen Sie sich das Geld bei unseren Schuldnern, die ihre Zechen bisher noch nicht bezahlt haben“ usw. Ja, Frau Bartel erklärte sogar: „Im Krankenhaus ist noch ein Bett frei.“ Mit anderen Worten, soll das wohl heißen, wenn du noch lange mederst wegen deinem Lohn, dann kriegst ein paar gepulvert, daß du ins Krankenhaus kommst. Das Mädchen hat vier Gewerkschaftler. Der Vater ist Invalide. Beim Arbeitsgericht wurde um den rückständigen Lohn klage eingereicht. Dem Mädchen machte man auch noch Vorschriften über den Ausgang. Als das Mädchen kurze Zeit zu einer Verwandten der Frau Bartel gegangen war und wieder nach Hause kam, versuchte es durch das Lokal zu gehen. Frau Bartel versuchte hierauf dem Mädchen eine Ohrfeige. Für ein Brot mußte Fräulein Krebs 60 Pfennige auslegen, was sie bis heute noch nicht zurückbekommen hat. Das ist das soziale Empfinden jener Leute, die so eifrig für das „Dritte Reich“ werben.

Arbeiter, kein Lohn für fast drei Monate, das Brot selber kaufen, wegen paar Minuten Ausgang noch Drehsche, so daß evtl. das Krankenhaus mehr Befassung erhält, daß ist das Los der Dienstmädchen zum Teil schon heute und erst recht im Dritten Reich. Nein, ihr Dienstmädchen seht aufpaßt, kämpft mit den proletarischen Frauen in der SPD! Reicht euch ein in die rote Klassenfront!

Sonntag, den 19. Juni großes Pressefest in Sagan

Sagan. Das große Pressefest bezieht die Arbeiterklasse Sagan mit Zwang und Kontrolle. Hierzu gehört auch das „Saganer Wochenblatt“. Anlässlich der Erwerbslosenkämpfe, die gegen die Unterdrückung des Lebens und Faschistenterror in Sagan, Hainburg, Pörschen und anderen, bejubelte dieses Blatt die Kampf der Arbeiter und Erwerbslosen in der gemeinsamen Weise als „Kampfbanner“ und „Kampfbanner“.

Die Arbeiterklasse in ihrer schmählichen Lage auch nicht Halt vor dem Faschismus. Der den Angehörigen des Mittelstandes, die sich gegen die Unterdrückung des Lebens gegenüber dem Faschismus wehren, werden von der bekannten Partei, die von der SPD und Naziführer gebildet und vertrieben wurde, auch die jetzige „Oppositionsbewegung“ der SPD. Die alle Notverordnungen Brünings bedekt und für Hindenburg (Hindenburg) und die Faschisten. Die Arbeiterklasse, der hartgekämpfte Arbeiter und alle, die in Not und Elend stehen, müssen jenes den Faschisten, das ihnen den Ausweg aus Hunger, Not und Elend anzeigt. Das kann nur die „Arbeiter-Zeitung“, das Organ der kommunistischen Partei sein. Als einzige Zeitung hat immer wieder wieder „Arbeiter-Zeitung“ recht behalten. Mit der Wahl Hindenburgs wurde — so mit der „Arbeiter-Zeitung“ — der Faschismus unterdrückt.

Der Arbeiter, der Arbeiter, der bereit ist, zur antifaschistischen Aktion, bekannt die „Arbeiter-Zeitung“, deren Begründer Bernhard Schottländer ist, der im März 1920 von faschistischen Banditen ermordet wurde, da er als revolutionärer Straßenkämpfer eine ganze Kraft für das Proletariat einsetzte.

Die „Arbeiter-Zeitung“ kostet jeden Tag per Haus zugestellt (Ausgabe A) pro Woche 50 Pfennige, einschließlich Botenlohn. Ausgabe B erscheint Mittwoch und Sonnabend zweimal die Woche und kostet nur 20 Pfennige. Bestellt ihr diese Zeitung, dann schlägt ihr den Gegner und fügt ihm finanziell einen Rippenstoß bei.

Das Pressefest beginnt mit Beginn am Sonntag früh von 6 bis 7 Uhr, durch die Schalmeientruppe.

1.30 Uhr nachmittags antreten mit Musikzug, Ansprache, 2 Uhr Abmarsch nach Grünthal. Von 3 Uhr Kinderbelustigung und Konzert, abends Tanz mit Einlagen. Wir erwarten, daß die gesamte Arbeiterklasse und auch der notleidende Mittelstand teilnimmt.

EINE LOCKE AUSFÜLLEN
Remmeles Buch
DIE SOWJET-UNION BAND 2
Erscheint kommend Freitag 2.25 Mk. Zu beziehen beim Lilienbaum oder Verlag Carl Horstmann, Berlin